

landesfrauenrat  
Baden-Württemberg

#DIEHÄLFTE

Aufstehen für gleiche Rechte

landesfrauenrat  
Baden-Württemberg

WOFÜR

STEHST

DU?

#wirbleibendran  
Landtagswahlrechtsreform JETZT!

SHE GETS  
VISIBLE

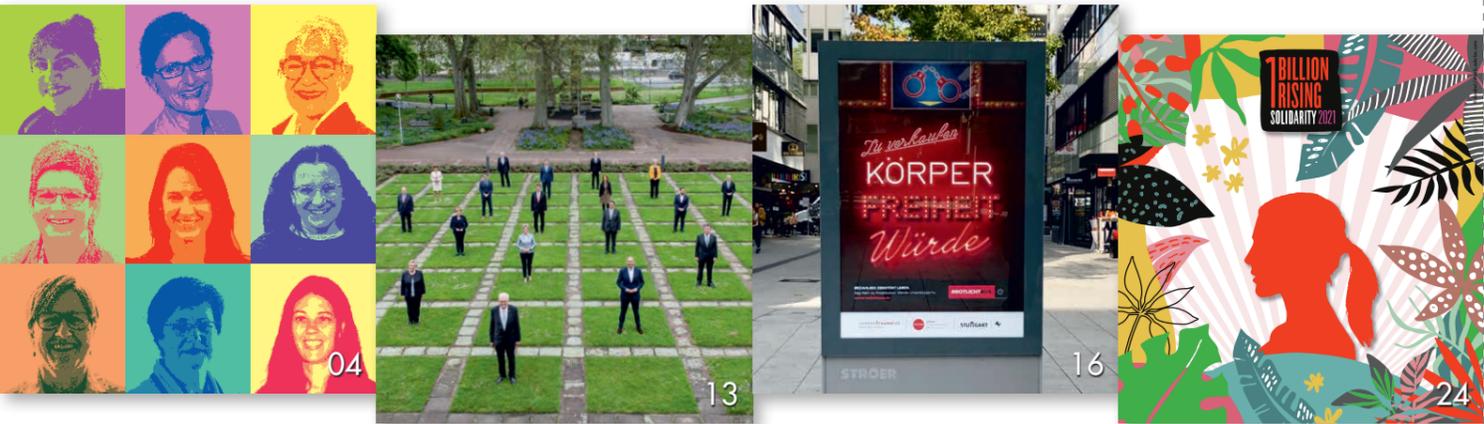
landesfrauenrat  
Baden-Württemberg

AUSGABE 2021

UMSETZUNG DER  
LANDTAGSWAHLRECHTSREFORM  
IN DEN ERSTEN 100 TAGEN DER  
NEUEN LANDESREGIERUNG UND  
DIE HÄLFTE DER MACHT!

NACH DER LANDTAGSWAHL  
VOM 14. MÄRZ 2021

KAMPAGNE #ROTLICHTAUS IN  
DER LANDESHAUPTSTADT STUTT GART



- 03 EDITORIAL
- 04 KURZVORSTELLUNG DES NEUEN VORSTANDTEAMS
- 08 NACH DER LANDTAGSWAHL VOM 14. MÄRZ 2021
- 08 Die Transparenzkampagne 2021 mit »Rückblick«
- 10 Die Transparenzkampagne – Versuch einer Bilanz
- 11 Die Ergebnisse der Landtagswahl: Frauen- und Männeranteile der Fraktionen
- 12 Forderung einer Landtagswahlrechtsreform und die Hälfte der Macht!
- 13 Die neue Landesregierung und der neu gewählte Landtag in Baden-Württemberg
- 14 Die frauenpolitischen Sprecher\*innen stellen sich vor
- 18 RÜCKBLICK AUF DAS JAHR 2020
- 18 Soforthilfeflyer in Kooperation mit der LAG
- 19 Digital Women Talk zur Corona Warn App
- 19 Digital Women Talk: Beeinflussen Algorithmen die Geschlechtergerechtigkeit?
- 20 Kampagne #RotlichtAus in der LHS Stuttgart
- 21 KLFR – Digitale Konferenz der Landesfrauenräte 2020
- 22 Digitaler Fachtag »Gesetze schaffen Werte: Prostitution heute – das Nordische Modell und Geschlechterdemokratie«
- 22 Erste digitale Delegiertenversammlung
- 25 Bericht aus dem Landesmedienrat (LFK)
- 26 VORSTELLUNG DER NEUEN MITGLIEDSVERBÄNDE
- Forum Internationaler Frauen BW e.V. & Berufsverband Hauswirtschaft Landesverband BW
- 28 RÜCKBLICK AUF DAS JAHR 2021
- 28 Plakat One Billion Rising
- 28 Internationaler Frauentag: Digitale Veranstaltung – Demokratie ist weiblich!
- 29 Internationaler Frauentag: Landtagswahlrechtsreform Jetzt!
- 29 Kampagnenmaterial: Postkarte »Wofür stehst Du« und Aufkleber »she gets visible«
- 29 Beitritt in das Bündnis Nordisches Modell
- 30 KLFR – Digitale Konferenz der Landesfrauenräte 2021
- 31 DIGITALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG
- 31 AUSBLICK AUF DAS WEITERE JAHR 2021

SAVE THE DATE

+ Digitaler LFR-Fachtag:  
Gegen Gewalt an Frauen – Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention  
Freitag 22.10.2021 | 14–18 Uhr

+ LFR-Delegiertenversammlung  
Stuttgart | Freitag 19.11.2021 | 11–16 Uhr

**Geschlechtergerechte Schreibweise im Rundbrief:**  
Der LFR verwendet bei der geschlechtsbezogenen Be- und Kennzeichnung von Personengruppen das sogenannte Gendersternchen (\*), um alle Menschen einzubeziehen. Dadurch schaffen wir mehr Sichtbarkeit für Frauen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intersexuelle Personen und Menschen, die sich keinem Geschlecht eindeutig zuordnen wollen.

## LIEBE LESER\*INNEN,

im Januar dieses Jahres hat das neu gewählte Vorstandsteam seine Arbeit aufgenommen und hat in einer digitalen Klausurtagung die Schwerpunkte seiner Arbeit festgelegt: Im Jahr 2021 sind das die Landtagswahlrechtsreform und die Istanbul-Konvention. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle sind wir zuverlässige Ansprechpartnerinnen und Lobbyistinnen für die Frauen in Baden-Württemberg. Auf den nächsten Seiten stellen sich die Vorstandsmitglieder mit ihren frauenpolitischen Schwerpunkten vor.

Die Corona-Pandemie stellte auch den Landesfrauenrat vor vielfältige Herausforderungen. Doch es gelang schnell mit Videokonferenzen den gewohnten Rhythmus der Vorstandsarbeit zu etablieren und bereits im Juni 2020 startete der erste Digital Women Talk zur Corona Warn App. Im Rückblick auf das Jahr 2020 können Sie nachlesen wie vielfältig das Online-Programm des Landesfrauenrates war.

### HILFE BEI GEWALT

Das Thema Gewalt an Frauen wurde im Corona-Jahr durch Lockdown, Schulschließungen und Homeoffice immer drängender. Zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Baden-Württemberg konnte eine Flyer-Aktion gestartet werden. Auf den Flyern wurde sowohl über überregionale, wie lokale Hilfsangebote niedrigschwellig und vor Ort informiert. Jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann, seine Frau umzubringen. Alle 3 Tage wird eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Hinzu kommen die Morde an Frauen durch unbekannte Täter.

### DER LANDESFRAUENRAT BADEN-WÜRTTEMBERG KRITISIERT DEN AUSTRITT DER TÜRKEI AUS DER ISTANBUL-KONVENTION AUF DAS SCHÄRFSTE

In diesem Jahr setzen wir unsere Arbeit zu diesem Thema fort und stellen die Istanbul-Konvention und deren Umsetzung in Baden-Württemberg in den Mittelpunkt unseres Fachtages am 22. Oktober 2021.

Die Istanbul-Konvention, die internationale Vereinbarung zum Schutz vor Gewalt von Frauen und Mädchen, war 2011 vom Europarat ausgearbeitet worden. Sie ist bis heute von 45 Staaten unterzeichnet, die Türkei gehörte 2012 zu den ersten Unterzeichnerstaaten. Alle Unterzeichnerstaaten verpflichten sich Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten. Der Austritt der Türkei aus dem Abkommen gegen Gewalt an Mädchen und Frauen verurteilt der Landesfrauenrat aufs Schärfste. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Mädchen und Frauen weltweit und heute in der Türkei. Der Austritt der Türkei darf kein Anlass für Nachahmer-Reaktionen anderer europäischer Staaten sein. Auch hierzulande ist Gewalt keine Seltenheit und basiert auf ungleichen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen. Gewalt ist immer ein Angriff auf demokratische Grundwerte und eine Unterdrückung von Frauen- und Menschenrechten.

### #WIRBLEIBENDRAN #DIEHÄLFTE – LANDTAGSWAHLRECHTSREFORM JETZT

Die Landtagswahl am 14. März 2021 hat gezeigt, wie dringlich eine Landtagswahlrechtsreform ist, denn erneut sind unter den 154 Abgeordneten des 17. Landtags von Baden-Württemberg



Erste Vorsitzende  
Prof. Dr. Anja Reinalter



Zweite Vorsitzende  
Hildegard Kusicka

nur knapp ein Drittel Frauen. Mit 45 Frauen steigt der Anteil im Vergleich zu 2016 (24,5%) zwar auf 29,2%, aber dies ist bei weitem kein tatsächliches Abbild unserer Gesellschaft. Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung und deshalb gehört ihnen auch die Hälfte der Macht in den Parlamenten. Diese Überzeugung vertritt der Landesfrauenrat offensiv seit nunmehr 30 Jahren. Deshalb haben wir im Vorfeld der Landtagswahl – in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachbereich Frauen und Politik – unsere Transparenzkampagne gestartet, um den Nominierungsprozess kritisch beobachten und analysieren zu können.

Beim runden Tisch zum Landtagswahlrecht tauschten sich die Vorsitzenden der Frauenverbände aller demokratischen Parteien aus und so konnte das Zweistimmenwahlrecht mit geschlossener Landesliste in allen Wahlprogrammen verankert werden. Nun ist die Reform des Landtagswahlrechts auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Der Landesfrauenrat fordert nun zusammen mit den Frauenverbänden der demokratischen Parteien die Umsetzung der Landtagswahlrechtsreform in den ersten 100 Tagen der neuen Landesregierung! Wir werden das sehr genau beobachten und mit unserer Forderung nicht locker lassen.

Weiterhin engagiert sich der Landesfrauenrat für die Einführung des Nordischen Modells und ist dieses Jahr Mitglied im Bündnis Nordisches Modell ([www.buendnis-nordischesmodell.de](http://www.buendnis-nordischesmodell.de)) geworden. Im Herbst letzten Jahres konnte mit Unterstützung der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Stuttgart eine große Kampagne zu #RotlichtAus in Stuttgart umgesetzt werden.

Es geht um das Recht von Frauen auf ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben, dafür kämpfen wir. Kämpfen Sie mit uns und unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Fördermitgliedschaft.

Ihre

*Anja Reinalter*

Prof. Dr. Anja Reinalter  
Erste Vorsitzende

*Hildegard Kusicka*

Hildegard Kusicka  
Zweite Vorsitzende

## DAS NEUE VORSTANDSTEAM DES LANDESFRAUENRATES BADEN-WÜRTTEMBERG



Erste Vorsitzende  
Prof. Dr. Anja Reinalter  
LAG Frauen Politik Bündnis  
90/Die Grünen

**Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches**  
Seit November 2019 bin ich die Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg. Ich freue mich sehr, dass ich zum zweiten Mal in dieses wichtige Ehrenamt gewählt wurde, welches ich mit großer Freude, Achtung und Respekt ausübe. In meiner Funktion als Vorsitzende setze ich mich insbesondere für das Kernanliegen des Landesfrauenrates ein: Mehr Frauen in die Parlamente. Deshalb steht die Reform des Landtagswahlrechts ganz oben auf meiner Agenda. Selbstverständlich kämpfe ich auch für Geschlechtergerechtigkeit im Digitalen Wandel und besonders für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist mir auch als Stadt- und Kreisrätin ein besonderes Anliegen. Seit 2000 bin auf kommunaler Ebene frauenpolitisch aktiv. Ich weiß, wie wichtig es ist, dass Frauen starke, stabile und solidarische Netzwerke knüpfen. Im Helene-Weber-Netzwerk habe ich gelernt wie stark Frauennetzwerke sind, wenn gemeinsam agiert, sich über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg zusammengeschlossen wird und gemeinsame Ziele vorangebracht werden.

### Was mich antreibt

Was mich schon mein ganzes Leben antreibt ist das Streben nach Gerechtigkeit. Mein Leitbild ist das Grundgesetz. Menschenwürde und die Achtung der persönlichen Freiheit und gleiche Rechte für Frauen und Männer sind Fundamente unserer Demokratie und meiner Arbeit.

Politik ist meine Leidenschaft und als Frau, Mutter, Schwester, Tochter und Helene-Weber-Preisträgerin

rin sehe ich meine politische Verantwortung darin, mich für alle Frauen in unserer Gesellschaft einzusetzen und Politik so zu gestalten, dass Chancengleichheit und Gleichberechtigung verwirklicht wird.

Ich sehe, dass wir in Deutschland und Baden-Württemberg noch einige Schritte gehen müssen bis wir wirklich in einer geschlechtergerechten Gesellschaft leben. Ich bringe meine Kraft, meine Leidenschaft und meine Kompetenzen sehr gerne ein, wenn es um Frauenrechte und Frauengerechtigkeit geht. Weitere Antriebe spüre ich, wenn es in der Sozialpolitik um die Themen Bildung und Erziehung oder um Generationengerechtigkeit, Umweltschutz- und Klimagerechtigkeit geht.

### Persönliches

Politisch denken, fühlen und handeln, Geborgenheit in der Familie, Heimatliebe und Naturverbundenheit – was mich seit meiner Kindheit in Oberschwaben – im Landkreis Biberach prägt, bestimmt mein Leben bis heute, privat und politisch. Hier lebe ich mit meiner Familie. Ich bin glücklich verheiratet. Wir haben drei fast erwachsenen Kinder.

Als promovierte Erziehungswissenschaftlerin lehre ich über zehn Jahre an der Fakultät »Soziale Arbeit« der Hochschule Ravensburg/Weingarten im Modul »Soziale Arbeit mit Familien«. Viele Jahre war ich – mit Leidenschaft und Freude – als Lehrerin an einem großem Berufsschulzentrum für die Ausbildung von Erzieher\*innen und Pflegekräften tätig. 2019 hat sich ein beruflicher Traum erfüllt. Ich wurde als Professorin für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Jugendarbeit an die Hochschule Kempten berufen.

Krebs aktiv. Darüber hinaus habe ich das Projekt Löwenmutter initiiert, eine Hilfe für Kinder krebskranker Mütter. Ich habe mich intensiv dem Thema Frauengesundheit gewidmet: Frauengesundheit zwischen Selbst- und Fremdbestimmung/Herausforderung Selbstfürsorge.

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt wie »fair« die Sorgearbeit verteilt ist, welche ökonomische Bedeutung sie hat und wie wenig gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung sie erfährt. Sie hat gezeigt, dass häusliche Gewalt während der COVID-19-Pandemie zugenommen hat. Sich hier für die Gleichstellung der Frauen im gesellschaftlichen und politischen Leben einzubringen, ist notwendig und die Aufgabe des Landesfrauenrates BW.

### Was mich antreibt

Schon immer war es die Neugier, die mich antrieb alles zu hinterfragen und ein ausgeprägter Sinn für soziale Gerechtigkeit und Fairness verbunden mit Unabhängigkeit und Anerkennung. Um es in Bertold Brecht's Worten zu sagen: »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.«

Als Zonta Mitglied (Zonta ist ein internationaler Service Club berufstätiger Frauen), setze ich mich mit den Anderen dafür ein, die Lebenssituation von Frauen in rechtlicher, politischer, wirtschaftlicher, beruflicher und gesundheitlicher Hinsicht zu verbessern. Themen sind: Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland, Häusliche Gewalt insbesondere zu Zeiten von Corona, Altersarmut – Frauen/Kinderehen verhindern

### Persönliches

Mein Name ist Hildegard Kusicka. Ich bin 66 Jahre, verwitwet, habe einen Sohn, war Krankenhausbetriebswirtin und Krankenschwester, Systemischer Coach und Psychoonkologin und lebe in Tübingen. Seit Anfang des Jahres 2020 bin ich aktive Rentnerin d.h. ich arbeite noch als Psychoonkologin in der Klinik und betreue junge Brustkrebspatientinnen mit kleinen Kindern.

Ich reise und lese sehr gerne und daneben verbringe ich viel Zeit mit Gartenarbeit, eine gute Möglichkeit sich immer wieder »zu erden«.



Schatzmeisterin  
Viviana Weschenmoser  
AG sozialdemokrat. Frauen  
Baden-Württemberg (AsF)

### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

Ich bin AsF Vorsitzende im Kreisverband Freudenstadt, Mitglied des Landesvorstands und Mitglied im Frauennetzwerk Kreis Freudenstadt.

Außerdem habe ich nachstehende Ämter inne:  
SPD: Stadträtin in Horb am Neckar, Kreisvorsitzende und stellv. Ortsvereinsvorsitzende  
Mitglied im: Landesvorstand BW, Juso-Kreisvorstand, Vorsitzende Jugendhaus Marmorwerk e.V., Vorstandsmitglied AWO Horb, DMB KV Freudenstadt.

Ich bin darüber hinaus Mitglied bei:

Mini-Rock-Festivals e.V., Tierschutzverein, Projekt Zukunft, Narrenzunft Horb, Heiligabendmarkt Horb, WeltbürgerInnen Horb, FK Asyl

### Was mich antreibt

Ich ertrage Ungerechtigkeiten nicht. Wann immer ich kann setze ich mich für eine respektvolle, achtsame und faire Gesellschaft ein, im Einklang mit unserer Umwelt.

### Persönliches

Meine unterschiedlichen Ehrenämter halten mich gut auf Trapp. Wenn ich nicht studiere oder für einen Verein tätig bin, verbringe ich meine Zeit gerne mit Sport, Kochen, Gartenarbeit und Musik. Am liebsten mache ich all das im Kreise meiner Familie, Freundinnen und Freunde.



Zweite Vorsitzende  
Hildegard Kusicka  
ZONTA International

**Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches**  
Mein persönlicher Schwerpunkt meines Engagements ist und war die Frauengesundheit in all ihren Facetten, da nach wie vor das allgemeine Weltbild männlich dominiert ist, und gerade in der Medizin der Mann »als Prototyp des Menschen« dient. Das medizinische Wissen hinsichtlich Krankheitsbildern, Diagnose und Therapie orientiert sich an diesem einen Modell: »35 Jahre alt, 80 kg, weiß, männlich«.

Mein Engagement als Frau dieser Gesellschaft gilt der Geschlechtergerechtigkeit, dem Wissenstransfer und der Vernetzung von Frauen. Im Ehrenamt engagiere ich mich in einem Kleiderkreis für Frauen in prekären Situationen und bis September 2020 war ich im Bundesvorstand der Frauenselbsthilfe

### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

Während des Studiums und an der Universität Mitarbeit in Strukturen zur Frauenförderung an der Hochschule; aus dem Geschichtsstudium nahm ich das frauenhistorische Interesse mit in den Berufsalltag: Langjährige Vorstandstätigkeit im Verein Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e.V., um Leistungen von Frauen in der Geschichte sichtbar zu machen.

Beim Landesfrauenrat bin ich Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit und habe die Arbeitsschwerpunkte: Den Landesfrauenrat in der Öffentlichkeit sichtbar machen, Erwerbsarbeit von Frauen (Forum Chancengleichheit im Erwerbsleben, Arbeit 4.0 und die Auswirkungen auf Frauenarbeit, Frauen in MINT-Berufen, Europäischer Sozialfond), Vernetzung mit den Landesfrauenräten Deutschlands

(Konferenz der Landesfrauenräte), Partizipation von Frauen auf allen Ebenen insbesondere im Parlament (Parität).

### Was mich antreibt

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu fördern, das Wissen darum, was Frauen schon erreicht haben zu erhalten und mitzuteilen, wie es erkämpft wurde und wie es auch wieder verschwinden kann.

### Persönliches

Jahrgang 1963, Historikerin, Genealogin, Gründungsberaterin für Frauen, die sich selbstständig machen wollen am gig7 Kompetenzzentrum Fe-MaleBusiness in Mannheim, Beraterin an der Kontaktstelle Frau und Beruf Mannheim – Rhein-Neckar-Odenwald, verheiratet, zwei erwachsene Kinder.



Beisitzerin  
**Verena Hahn**  
SISTERS – für den Ausstieg  
aus der Prostitution! e.V.

#### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

Seit Jugendtagen mit Kindern, Jugendlichen, Senioren, für (Geschlechter) Gerechtigkeit, für Gleichstellung und Chancengleichheit von Mädchen und Frauen; Gründung und Vorstandsmitglied von zwei gemeinnützigen Vereinen (Kita, Kultur); Sprecherin des Frauenforums Reutlingen (überparteiliches politisches Frauennetzwerk).

#### Was mich antreibt

Die Einstellung, dass gerade auch eine kleine Gruppe engagierter Menschen etwas zum Guten verändern kann. Die Überzeugung, Demokratie aktiv mitgestalten zu müssen. Das Ziel, einen Beitrag zu Gerechtigkeit, Miteinander und Fairness zu leisten. Das Bedürfnis, mit Mädchen & Frauen etwas für Mädchen & Frauen zu verbessern.

#### Persönliches

Seit vier Jahren bin ich als selbständige Rechtsanwältin (Wirtschaftsrecht) in Reutlingen tätig. Zuvor habe ich 17 Jahre lang die Rechtsabteilung eines internationalen Konzerns aufgebaut und geleitet und war Geschäftsführerin der deutschen Gesellschaften.

Ich bin mit einem malenden Künstler verheiratet und habe eine Tochter.

Neugierde und Vielfalt bestimmen auch meine privaten Interessen: Lesen (auch Sachbücher), kochen (und backen), Sport in der Natur (und die Natur selbst), fotografieren (und mich von Kunst inspirieren lassen), über Politik diskutieren (und über Gott und die Welt) uvm.



Beisitzerin  
**Prof. Dr. Ute Mackenstedt**  
Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen

#### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

- + Unterstützung von jungen Wissenschaftlerinnen bei ihrer Karriere
- + Mentoring von jungen Frauen
- + Vereinbarkeit von Familie und Beruf

#### Was mich antreibt

Es geht mir um soziale Gerechtigkeit und Fairness im Umgang miteinander und in der Anerkennung von Lebensleistungen.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein zentrales Anliegen meiner Arbeit. Es ist bereits viel erreicht worden, aber gerade die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass wir nicht nachlassen dürfen, um die Gleichberechtigung dauerhaft zu verankern.

#### Persönliches

Ich wohne in Esslingen und leite seit 25 Jahren als Professorin das Fachgebiet Parasitologie an der Universität Hohenheim. Ich war mehrere Jahre lang Mitglied der Universitätsleitung und bin seit 2008 die Universitäts-Gleichstellungsbeauftragte. Seit mehr als dreißig Jahren bin ich Mitglied von Soroptimist International.

Meine Hobbies sind Hunde und Lesen.



Beisitzerin  
**Vera Huber**  
Frauen Union Landesverband  
Baden-Württemberg

#### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

- + Mitglied im Landesvorstand der Frauenunion
- + Stellvertretende Bezirks-, Kreis- und Ortsvorsitzende der Frauenunion
- + Engagement im kirchlichen Ehrenamt
- + Mitinitiatorin des Mehrgenerationenprojektes in meinem Heimatort
- + Übungsleiterin im Breitensport 3–8 Jahre

#### Was mich antreibt

Meine Überzeugungen treiben mich an (z.B. die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade auch in Zeiten der Corona-Pandemie, der Kampf gegen die Frauentalersarmut oder auch die Reformierung des Landtagswahlrechtes).

#### Persönliches

- + Staatlich anerkannte Erzieherin
- + Berufsbegleitendes Studium des Gesundheits- und Sozialmanagements aus Oberkirch.

In meiner Freizeit mache ich Sport und wenn es die Zeit zulässt reise ich gerne.



Beisitzerin  
**Sarah Schlösser**  
DGB-Frauen  
Baden-Württemberg

#### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

Ich arbeite als Bezirksfrauensekretärin beim DGB Baden-Württemberg. Ich habe also das Glück, die Frauen- und Gleichstellungspolitischen Themen nicht nur in meiner Freizeit, sondern auch im Beruf umzusetzen. Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf sowie der Digitale Wandel der Arbeitswelt sind Themen die mich umtreiben.

#### Was mich antreibt

Respekt und Fortschritt treiben mich persönlich aber auch politisch an.

In meiner Freizeit lese und reise ich gerne. Außerdem habe ich seit ein paar Jahren Yoga und Meditation für mich entdeckt.



Beisitzerin  
**Rotraud Mack**  
AG der LandFrauenverbände  
Baden-Württemberg

#### Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches

- + Vizepräsidentin des Landfrauenverbandes Württemberg-Baden
- + Vorsitzende des Arbeitskreises »Zukunft 2020« LandFrauenverband Württemberg-Baden
- + Fachausschuss Hauswirtschaft und Verbraucherpolitik beim Deutschen LandFrauenverband
- + Vorsitzende im Team des Kreislandfrauenverbandes Crailsheim
- + Kreisrätin, Fraktion CDU-Landkreis Schwäbisch Hall
- + Gewählte ehrenamtliche Richterin im Verwaltungsgericht in Stuttgart

#### Was mich antreibt

Ich stärke die Demokratie, indem ich durch mein ehrenamtliches Engagement in Gesellschaft und

Politik Einfluss nehme. Unterstützt durch ein großes Netzwerk an Frauen die Gemeinsam bewegen, verändern und gestalten.

#### Persönliches

Berufliches: Drogistin, Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft  
Persönliches: Jahrgang 1966, verheiratet, 4 erwachsene Kinder, 6 Enkelkinder  
Wohnort: Kirchberg an der Jagst

#### Hobbies

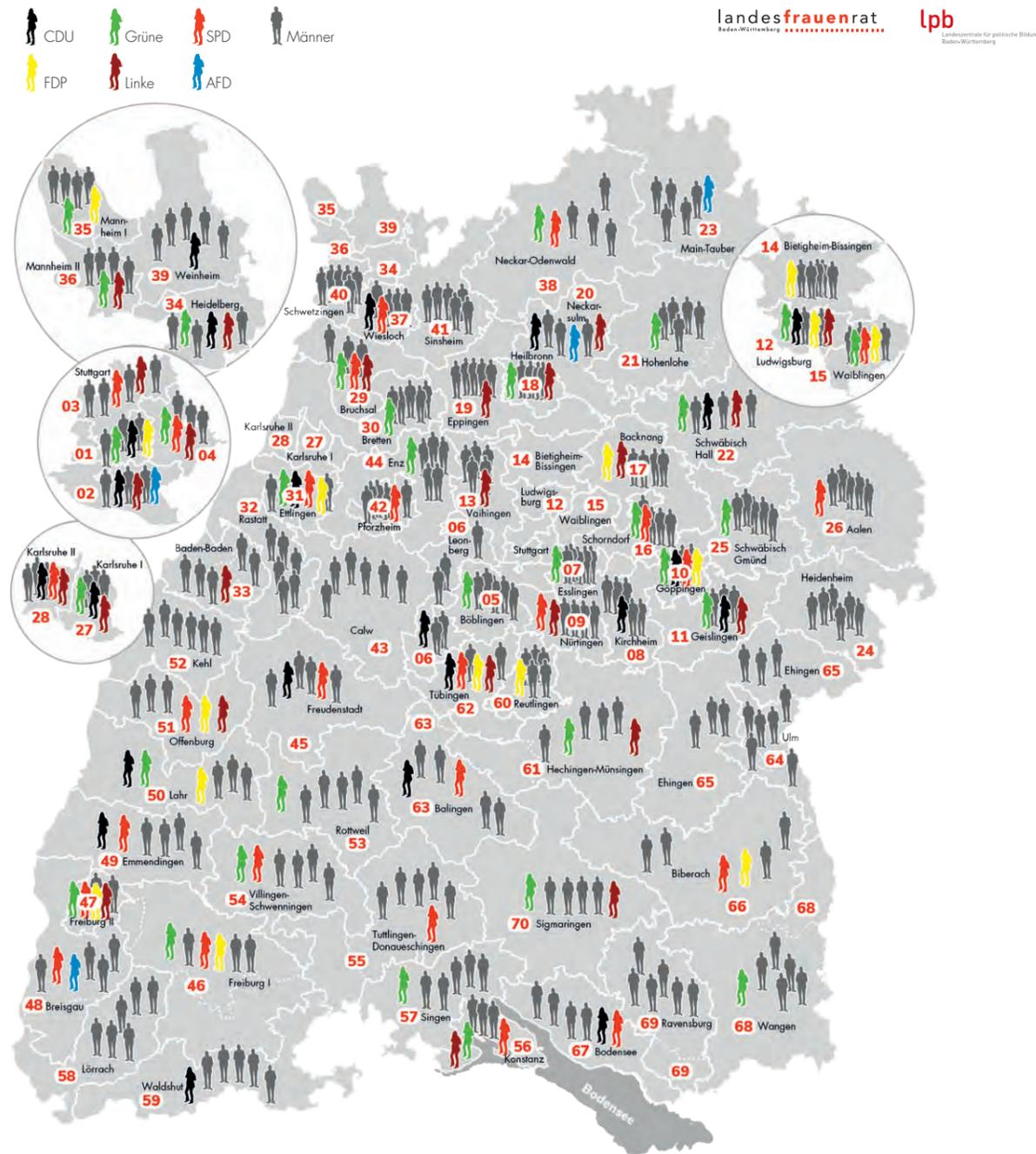
Alles, was mit Fotografie zu tun hat!

### AUF EINEN BLICK



## TRANSPARENZKAMPAGNE ZUR LANDTAGSWAHL 2021 IN BADEN-WÜRTTEMBERG: MEHR FRAUEN INS LANDESPARLAMENT!

Zusammen mit der Landeszentrale für Politische Bildung hat der Landesfrauenrat die Aufstellung der Kandidierenden im Vorfeld der baden-württembergischen Landtagswahl 2021 begleitet und für Transparenz beim Geschlechterverhältnis gesorgt:



### KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

Knapp 74% der Mandate im baden-württembergischen Landtag hatten am Ende der 16. Wahlperiode Männer inne – sie nahmen 105 von 143 Sitzen im Landesparlament ein.

Geht es um die Vertretung von Frauen in der Politik, zählte der baden-württembergische Landtag vor den Landtagswahlen am 14. März 2021 unter den deutschen Länderparlamenten zu den

Schlusslichtern. Gleichzeitig ist das Stuttgarter Parlament der einzige deutsche Landtag, in dem noch nie ein Anteil von wenigstens 30% Parlamentarierinnen erreicht wurde. Auf eine weibliche Abgeordnete kamen im Ländle mindestens drei männliche Kollegen.

Die parlamentarischen Entscheidungen im Land wurden damit seit dessen Gründung stets von einer großen Mehrheit männlicher Volks-

vertreter getroffen. Eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen war in Baden-Württemberg bislang in jeder Wahlperiode ein Fremdwort.

Dies hängt auch mit dem 2021 immer noch geltenden spezifischen Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg zusammen: Die Wählerinnen und Wähler verfügen bei Landtagswahlen nur über je eine Stimme. Diese geht direkt an den Kandidaten oder die Kandidatin des Wahlkreises. Die Entscheidung, wer in einem Wahlkreis kandidiert, haben im Vorfeld die Parteimitglieder des Wahlkreises bestimmt. Das Anliegen, Frauen im Landtag angemessen zu repräsentieren, steht bei dieser Entscheidung nur bei wenigen Parteien im Vordergrund.

Anders als in allen anderen Bundesländern gibt es in Baden-Württemberg keine Zweitstimme, mit der eine Liste gewählt werden kann. Landesweite Listen aber können von den Parteien quotiert werden, etwa nach dem Reißverschlussprinzip: Auf jede Bewerberin folgt ein Bewerber – oder umgekehrt. Dies sieht das baden-württembergische Landtagswahlrecht nicht vor.

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg hat vor diesem Hintergrund den Nominierungsprozess für die Landtagswahlen 2021 kritisch beobachtet und analysiert. Ein Ergebnis ist die in Kooperation mit dem Fachbereich Frauen und Politik der Landeszentrale für politische Bildung organisierte Transparenzkampagne »Mehr Frauen ins Landesparlament« zur Landtagswahl am 14. März 2021.

Auf einer Wahlkreis-Landkarte ließ sich schnell erkennen, wie viele Kandidatinnen und Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen angetreten sind. Kandidaten wurden dabei einheitlich grau eingefärbt, Kandidatinnen wurden entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit farbig präsentiert (schwarz: CDU, grün: Bündnis 90/Die Grünen, rot: SPD, gelb: FDP, dunkelrot: Die Linke, blau: AfD).

Mit der Transparenzkarte war auf einen Blick erkennbar, welche Wahlkreise sich bei den Kandidierenden »bunt« aufgestellt haben und wo eine Wahl zwischen Männern und Frauen oder auch zwischen Kandidatinnen verschiedener Parteien möglich ist. Erkennbar wurde aber auch, wo es im Jahr 2021 noch immer einheitlich grau aussah: So wurden in neun der 70 Wahlkreise von keiner aussichtsreichen Partei auch nur eine Frau nominiert.

Die »frauenlosen« Wahlkreise verteilen sich auf alle Landesteile: Lörrach, Ravensburg, Ehingen, Heidenheim, Rastatt, Sinsheim, Calw, Kehl und Schwetzingen. Hier hatten Wählerinnen und Wähler keine Chance, eine Frau in den Landtag zu wählen. In allen diesen Wahlkreisen wurde die Chance vertan, die Vielfalt der Gesellschaft auch auf politischer Ebene abzubilden.

### ANTEIL DER ERSTKANDIDATINNEN BEI DEN SECHS AUSSICHTSREICHSTEN PARTEIEN BEI DER LANDTAGSWAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG AM 14. MÄRZ 2021

BÜNDNIS 90/GRÜNE:	32 von 70 Nominierten = 45,7% Frauenanteil
SPD:	25 von 70 Nominierten = 35,7% Frauenanteil
DIE LINKE:	23 von 70 Nominierten = 32,8% Frauenanteil
CDU:	22 von 70 Nominierten = 31,4% Frauenanteil
FDP/DVP:	15 von 70 Nominierten = 21,4% Frauenanteil
AFD:	4 von 70 Nominierten = 5,7% Frauenanteil

Ein klares Bild: Männliche Kandidaten waren bei weitem in der Mehrheit. Bei den Grünen stellten sie gut die Hälfte der Kandidierenden, bei den weiteren Parteien lag der Männeranteil bei gut zwei Dritteln bis sogar über 90 Prozent. Bereits vor den Landtagswahlen 2021 war deshalb folgende Aussage möglich: Der baden-württembergische Landtag wird auch in der neuen Wahlperiode eine deutliche Männer-Dominanz aufweisen. Angesichts dieser Ausgangslage ist schließlich eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen im Landesparlament schwer möglich. Wer die Wahl verlieren würde, stand damit schon vor der Stimmauszählung am Wahlabend fest: Die Frauen. Sie stellen im Land die Mehrheit der Bevölkerung und der Wahlberechtigten – aber nur gut ein Drittel der Kandidierenden. Für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Landtag braucht es endlich eine Reform des Landtagswahlrechts. Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg fordert dies bereits seit mehreren Jahrzehnten.

FRAUEN WÄHLEN,  
FRAUEN ZÄHLEN!

## DIE TRANSPARENZKAMPAGNE – VERSUCH EINER BILANZ VON BEA DÖRR, LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG, FACHREFERENTIN FRAUEN UND POLITIK

Auch im Vorfeld der Landtagswahl 2021 war die Zusammenarbeit zwischen dem Landesfrauenrat (LFR) und dem Fachbereich Frauen und Politik der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) wieder fruchtbar. Das Anliegen, politische Entscheidungspositionen geschlechtergerechter zu besetzen und die politische Teilhabe von Frauen zu stärken, eint beide Akteurinnen. Da lag es nahe, auch vor den Landtagswahlen 2021 im Rahmen der Transparenzkampagne »Mehr Frauen ins Landesparlament« zu kooperieren.

In gemeinsamen Recherchen wurde von LFR und LpB eruiert, welche Parteien in welchen Wahlkreisen Kandidatinnen ins Rennen um ein Landtagsmandat schickten – und wo im Jahr 2021 noch immer auf Expertise und Kompetenzen politisch aktiver Frauen verzichtet wurde.

Als Medium der Darstellung hatte sich schon bei der ersten Transparenzkampagne im Kontext der Landtagswahl 2016 das Format einer Landkarte bewährt. Besser als jede Tabelle veranschaulicht eine Karte mit den 70 baden-württembergischen Wahlkreisen ganz plastisch, wo Wähler\*innen bei der Wahl am 14. März 2021 wie viele Chancen hatten, sich zwischen männlichen und weiblichen Kandidierenden zu entscheiden – und wo ihnen diese Auswahl von den nominierenden Parteien nicht eröffnet wurde.

Das bunte und modernisierte Erscheinungsbild der »Transparenzkarte« und deren Platzierung auf der Website des Landesfrauenrats wie auch auf dem Landtagswahlportal der Landeszentrale für politische Bildung trugen sicher dazu bei, dass die Kampagne viel Beachtung fand. Zwischen Februar und April 2021 verzeichnete die LpB fast 4.500 Zugriffe auf die Transparenzkampagne. Frauenverbände, Frauennetzwerke und andere zivilgesellschaftliche Organisationen informierten über die Kampagne und schon gleich nach deren »Onlinegang« wurden Presse, Funk und Fernsehen auf sie aufmerksam. Zahlreiche Anfragen nach mehr Information oder nach Interviews erreichten die »Macherinnen« und LFR wie auch LpB hatten alle Hände voll damit, Auskünfte zu erteilen, Interviews zu geben oder Gesprächspartnerinnen zu vermitteln. Zuspruch und positive Reaktionen engagierter Bürger\*innen zeigten, dass es richtig und wichtig war, das Thema »Mehr Frauen in den Landtag« prominent zu platzieren.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Transparenzkampagne (und mit ihr die Forderung nach mehr weiblichen Kandidierenden) auch auf weniger begeisterte Reaktionen stieß und kontrovers diskutiert wurde. Mehrere kritische E-Mails erreichten die LpB – und zeigten, dass die Transparenzkampagne mit ihrer klaren Darstellung offenbar den Nerv einzelner Bürger getroffen hat.

Da hieß es etwa:

»... Vielleicht sollten Sie bei Ihren Angaben zur 'Transparenzkampagne' so transparent sein auch mal zu erklären, dass der prozentuale Anteil der Frauen die aufgestellt wurde bei den meisten Parteien den Anteil der Frauen bei den Parteimitgliedschaften übertrifft. Es würde Männer benachteiligen noch mehr Frauen aufzustellen. Vielleicht sollten sich Frauen einfach etwas mehr für Politik interessieren oder engagieren. Die Mitgliedschaft in einer Partei steht soweit ich weiss noch immer jeder Frau offen.« (E-Mail vom 16.03.2021 an lpb@lpb-bw.de; Rechtschreibfehler im Original)

Kritisch bewertet wurde zudem, dass kandidierende Frauen auf der Transparenzkarte farbig hervorgehoben, kandidierende Männer dagegen im grauen Farbton symbolisiert wurden. Diese Entscheidung monierte der Schreiber einer anderen E-Mail:

»... Die Symbole für die (männlichen) Kandidaten werden jedoch nicht wie die der Kandidatinnen mit bunten Farben codiert, sondern sind in einem wenig ansprechenden Grau gehalten, welches auch für die Schrift und den Hintergrund der Grafik verwendet wird. Dies empfinde ich als abwertend und diskriminierend. In einer gleichberechtigten Gesellschaft sollten alle Geschlechter dieselbe Wertschätzung erfahren, mithin auch die Kandidaten in der Grafik durch bunte, ansprechende Farben dargestellt werden.« (E-Mail vom 12.03.2021 an lpb@lpb-bw.de)

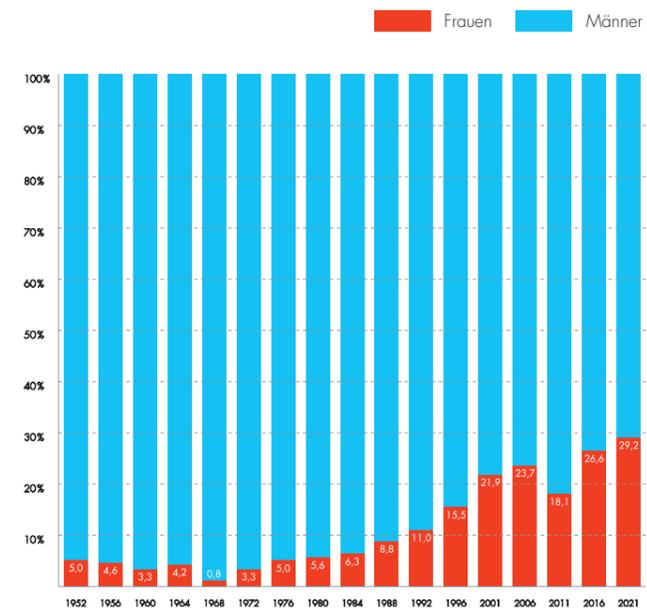
Dem Wunsch, dass in einer gleichberechtigten Gesellschaft alle Geschlechter dieselbe Wertschätzung erfahren, können sich die Macherinnen der Transparenzkampagne nur anschließen. Es ist hohe Zeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit (auch) in der Politik.

»Nach der Wahl ist vor der Wahl« – in diesem Sinn werden sowohl der Landesfrauenrat Baden-Württemberg als auch der Fachbereich Frauen und Politik der LpB die neue Wahlperiode kritisch begleiten und ein waches Auge auf den Umgang mit Aussagen im neuen Koalitionsvertrag etwa zur Reform des Landtagswahlrechts werfen.

Und vermutlich wird es auch vor den Landtagswahlen im Jahr 2026 eine neue Transparenzkampagne »Mehr Frauen ins Landesparlament« geben (müssen).

## DIE ERGEBNISSE DER LANDTAGSWAHL AM 14.03.2021: FRAUEN- UND MÄNNERANTEILE DER FRAKTIONEN

Der 17. Landtag von Baden-Württemberg umfasst 154 Abgeordnete, davon 45 Frauen. Das entspricht einem Frauenanteil von 29,2%. Der Anteil weiblicher Abgeordneter konnte damit gegenüber dem Ergebnis der Landtagswahl im Jahr 2016 um knapp 5% gesteigert werden.



Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Lag der baden-württembergische Landtag bis zu den Wahlen im März 2021 beim bundesweiten »Ranking« in puncto Frauenanteil auf einem schlechten drittletzten Rang, schleicht er sich in der neuen Wahlperiode nun langsam ins Mittelfeld.

Von einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen im Landesparlament kann aber noch lange nicht die Rede sein.

Ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus zeigt, dass Baden-Württemberg mit dem Frauenanteil in seiner Volksvertretung auch nach den aktuellen Wahlen keinen Staat machen kann: So wurden etwa in 13 afrikanischen Staaten ein (zum Teil wesentlich) höherer Prozentsatz von Frauen in das Parlament gewählt als im Landtag von Baden-Württemberg (Quelle: Inter-Parliamentary Union 6-2021).

Zudem sieht der Parlamentarierinnen-Anteil in den einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich aus.

Nachfolgend findet sich eine Aufstellung des Anteils der gewählten weiblichen Abgeordneten (in den fünf Fraktionen des Landtags):

Parteien	Stimmenanteil am 14. März 2021	Anteil weiblicher Abgeordnete
Bündnis 90/Grüne	32,6% (58 Sitze)	28 = 48,3%
CDU	24,1% (42 Sitze)	11 = 26,2%
SPD	11,0% (19 Sitze)	3 = 15,8%
FDP/DVP	10,5% (18 Sitze)	2 = 11,1%
AFD	9,7% (17 Sitze)	1 = 5,9%

Quelle: 2. Vorabauflage Volkshandbuch, 17. Wahlperiode, 2. Auflage, 2021, 20 Seiten. Mitglieder des 17. Landtags mit Fotos, Endgültiges Wahlergebnis Landtagswahl 2021, Online unter: <https://www.landtag-bw.de/home/dokumente/informationsmaterial.html>

Trotz des besonderen Einstimmenwahlrechts in Baden-Württemberg konnte Bündnis 90/Grüne einen Frauenanteil von fast 50% der Stimmen erreichen. Dies gelang, da die Partei bei der Aufstellung der Kandidat\*innen auf einen hohen Frauenanteil achtete (über 45% Kandidatinnen) und über die Direktmandate offensichtlich bevorzugt Frauen gewählt wurden.

Aus der repräsentativen Wahlstatistik des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg wissen wir, dass bei der Landtagswahl 2021 insbesondere die Grünen von mehr Frauen als Männern gewählt wurden: Der Unterschied beträgt 7,7%. Eine ähnlich große Geschlechterdifferenz bei den Wahlen lässt sich nur noch bei der AfD erkennen – für sie stimmten deutlich mehr Männer als Frauen: der Unterschied beläuft sich auf 6,0%. Alle anderen Parteien wurden annähernd von gleich vielen Frauen und Männern gewählt.

Bei der Wahlbeteiligung lag der Anteil der Frauen bei 63,1% (2016: 69,6%), während 64,5% der Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten (2016: 71,3%). Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen am 14. März 2021 bei 63,8% (gegenüber 70,4% in 2016):

Parteien	Stimmenanteil Gesamt	Stimmenanteil bei den Wählerinnen	Stimmenanteil bei den Wählern
Bündnis 90/Grüne	32,6%	36,4%	28,7%
CDU	24,1%	23,9%	24,2%
SPD	11,0%	11,3%	10,7%
FDP/DVP	10,5%	9,4%	11,6%
AFD	9,7%	6,8%	12,8%

**Als Fazit lässt sich festhalten:** Wer keine Frauen aufstellt, den bestraft die Wählerin (und möglicherweise auch der Wähler).

## DER LANDESFRAUENRAT UND DIE FRAUENVERBÄNDE DER POLITISCHEN PARTEIEN BADEN-WÜRTTEMBERGS FORDERN EINE LANDTAGSWAHLRECHTSREFORM UND DIE HÄLFTE DER MACHT!

Am 25. Januar 2021 konnte der Landesfrauenrat in einer Pressemitteilung begrüßen, dass bei allen demokratischen Parteien im Landtag von Baden-Württemberg das Zweistimmenwahlrecht mit geschlossener Landesliste in den Wahlprogrammen verankert ist. Damit war der Weg frei für eine Reform des baden-württembergischen Landtagswahlrechtes.

Und so forderten der Landesfrauenrat und die Frauenverbände der politischen Parteien Baden-Württembergs in einer Pressemitteilung vom 22. April folgerichtig die Umsetzung der Landtagswahlrechtsreform in den ersten 100 Tagen der neuen Landesregierung und die Hälfte der Macht!

»Der Landesfrauenrat und die Frauenverbände der politischen Parteien Baden-Württembergs kämpfen für mehr Frauen in den Parlamenten und stehen für das Zweistimmenwahlrecht mit geschlossener Landesliste.

Die Wahlrechtsreform wird kommen. Sie ist Bestandteil des Sondierungspapiers und wird im Koalitionsvertrag verankert. Bündnis 90/Die Grünen und die CDU haben sich eindeutig positioniert. Diese Haltung begrüßen wir. Damit stehen wir kurz davor, ein wichtiges Ziel erreicht zu haben. Wir werden allerdings noch nicht lockerlassen und fordern die zukünftige Landesregierung auf, die Landtagswahlrechtsreform in den ersten 100 Tagen umzusetzen.

Um die 'Hälfte der Macht' sicher zu stellen, unterstreichen wir unsere Forderung nach Parität im Kabinett und bei den Spitzenpositionen in den Ministerien der neuen Landesregierung.«

### DIE VERTRETERINNEN DER FRAUENVERBÄNDE

**Claudia Felden**

Delegierte im Landesfrauenrat für die Liberalen Frauen Baden-Württemberg

**Carmen Kremer**

Sprecherin der IAG Frauenpolitik Bündnis90/Die Grünen

**Sahra Mirow**

Landesvorsitzende und Sprecherin der IAG Frauen DIE LINKE Baden-Württemberg

**Prof. Dr. Anja Reinalter**

Erste Vorsitzende Landesfrauenrat Baden-Württemberg IAG Frauenpolitik Bündnis90/Die Grünen

**Susanne Wetterich**

Vorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg

**Viviana Weschenmoser**

Schatzmeisterin Landesfrauenrat Baden-Württemberg AG sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg (AsF)

WIR FORDERN!

landesfrauenrat  
Baden-Württemberg

PARITÄT IST MÖGLICH:  
LANDTAGSWAHL-  
RECHTSREFORM JETZT!

#DIEHÄLFTE

## DIE NEUE LANDESREGIERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND DER NEU GEWÄHLTE LANDTAG NEHMEN IHRE ARBEIT AUF



Die neuen Minister\*innen und Staatssekretär\*innen. Quelle: Staatsministerium <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/landesregierung/>

### PARITÄT AUF MINISTERIALER EBENE

Die Landesregierung aus Bündnis 90/Grüne und CDU nahm am 12. Mai 2021 ihre Arbeit auf. Die Forderung des Landesfrauenrates und der Frauenverbände nach der Hälfte der Macht ist zumindest auf ministerialer Ebene erfüllt worden.

6 von 12 Ministerien werden von einer Frau geführt: Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Marion Gentges, Ministerin der Justiz und für Migration; Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus; Nicole Razavi, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen; Theresia Schopper, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport und Thekla Walker, Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Folgende Ministerien werden von Männern geführt: Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen (Thomas Strobl), Ministerium für Finanzen (Dr. Danyal Bayaz), Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration (Manne Luche), Ministerium für Verkehr (Winfried Hermann), Ministerium für Ernährung, ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Peter Hauck) und das Staatsministerium (Ministerpräsident Winfried Kretschmann).

Bei den Staatssekretär\*innen ist die Parität noch nicht ganz erreicht. 7 von 16 wurden mit einer Frau besetzt: Sandra Boser, Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Sabine Kurtz, Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung, ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Dr. Ute Leidig, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration; Andrea Lindloh, Staatssekretärin im Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen; Petra Olschowski, Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Dr. Gisela Splett, Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen; Elke Zimmer, Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr.

Die weiteren Staatssekretäre sind: Rudi Hoogvliet (Staatssekretär für Medienpolitik), Volker Schebesta (Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport), Florian Hassler (Staatssekretär im Staatsministerium), Wilfried Klenk (Staatssekretär im Ministerium des Inne-

ren, für Digitalisierung und Kommunen), Dr. Andre Baumann (Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft), Dr. Patrick Rapp (Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus), Siegfried Lorek (Staatssekretär im Ministerium der Justiz und für Migration), Dr. Florian Stegmann (Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei im Staatsministerium), Julian Würtenberger (Staatssekretär im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen).

### MINISTERIEN WERDEN ÜBERWIEGEND VON GEMISCHTEN TEAMS (MINISTER & STAATSEKRETÄRE) GELEITET

Manche Ministerien werden nur von Männern (Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Staatsministerium), manche nur von Frauen geleitet (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen).

Die überwiegende Mehrzahl (8 von 12) der Ministerien werden von gemischten Teams geleitet: Ministerium für Finanzen, Ministerium für Verkehr, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, Ministerium für Justiz und Migration, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Ernährung, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Welche Folgen dies für die Arbeit der Ministerien hat, wird die kommende Legislaturperiode zeigen.

### FRAKTIONEN IM LANDTAG NOCH IMMER MIT EINER REIN MÄNNLICHEN FÜHRUNGSRIEGE

Wie in der letzten Wahlperiode wird auch nach den Landtagswahlen im März 2021 keine einzige der fünf Landtagsfraktionen von einer Frau geführt. Neben der in ihrem Amt bestätigte Landtagspräsidentin Muhterem Aras bleibt die Führungsriege im Landtag eine rein männliche.

Es muss davon ausgegangen werden, dass dies nicht nur die politischen Entscheidungen, sondern auch das Klima im Parlament nachhaltig prägen wird.

## DIE FRAUENPOLITISCHEN SPRECHER\*INNEN STELLEN SICH VOR: STEFANIE SEEMANN MDL – BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION

LIEBE LESER\*INNEN,

ich freue mich sehr über die Möglichkeit, mich Ihnen hier im Rundbrief vorstellen zu können. Seit 2016 bin ich direkt gewählte Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Enz und vertrete meine Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration.

Mein Weg zum Landtagsmandat war weder geradlinig noch vorherbestimmt. 1978 absolvierte ich im Anschluss an das Abitur eine Ausbildung als Landschaftsgärtnerin. Gärtnern und Gestalten im eigenen Garten sind auch heute noch meine große Passion. Nach meiner Familienphase, in der zunächst die Erziehung meiner fünf Kinder und später die Pflege meines Vaters im Vordergrund standen, wollte ich es noch einmal wissen und studierte von 2011 bis 2014 an der Fern-Universität in Hagen Politik-, Verwaltungswissenschaften und Soziologie mit einem Abschluss als Soziologin. Danach war ich am Karlsruher Institut für Technologie tätig.

Die Begeisterung für Frauenpolitik sowie für Umwelt- und Naturschutzthemen brachte mich schon früh zu grüner Politik. Seit 1995 bin ich Mitglied der Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Politisch aktiv bin ich seit 2009 als Gemeinderätin in Mühlacker. Die kommunalpolitische Arbeit hilft mir, den direkten Bezug zu den drängenden Themen der Menschen aufrechtzuerhalten.

Nicht nur als Sprecherin für Frauenpolitik der Grünen Landtagsfraktion, sondern gerade als Frau und Mutter kämpfe ich für mehr Gleichstellung und Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Viele Jahre geht es dabei schon um die gleichen Themen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Gender Pay Gap und vieles mehr.

Zu meinen Kernanliegen gehört es, Frauen besser vor Gewalt zu schützen und die Istanbul-Konvention voranzubringen. Dazu entwickeln wir den Landesaktionsplan »Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen« mit einem neuen Maßnahmenkatalog weiter, schreiben ihn fort und setzen ihn koordiniert auf allen Ebenen um. Im Sinne der Istanbul-Konvention bauen wir die Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie das gewachsene und bewährte System von Fachberatungsstellen für Menschen, die von häuslicher, sexueller und sexualisierter Gewalt, von Menschenhandel oder Prostitution betroffen sind weiter aus, um so die noch bestehenden Lücken im Land zu schließen.

Mit einer Öffentlichkeitskampagne wollen wir im Land die Istanbul-Konvention und das Frauenhilfesystem bekannter machen und über Gewalt gegen Frauen aufklären. Mit der Förderung von Second-Stage-Projekten werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Frauen nach ihrem Aufenthalt in einem Frauenhaus leichteren Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten.

In Zahlen und barer Münze bedeutet das: Bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/21 ist es uns als Regierungsfraktion gelungen, zusätzlich 12 Mio. Euro für die dringend notwendige Unterstützung der Frauen- und Kinderschutzhäuser und spezialisierten Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verfügung zu

stellen. Dies ist eine deutliche Mittelserhöhung. Insgesamt standen und stehen 5,87 Mio. Euro im Jahr 2020 und 9,87 Mio. Euro im Jahr 2021 für das Gesamtpaket zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg zur Verfügung.

Darüber hinaus setze ich mich dafür ein, dass wir das Chancengleichheitsgesetz von 2016 auf Basis der Evaluationsergebnisse weiterentwickeln. Ich halte es für unverzichtbar, die Position der Beauftragten für Chancengleichheit zu stärken.

Aber auch im Bereich der Frauengesundheit sehe ich noch viel Handlungsbedarf: Wir müssen eine gute, sichere und wohnortnahe Versorgung von Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen sichern und fortentwickeln. Das Land steht überdies in der Verantwortung, ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen.

Gezielte Frauenförderung möchte ich voranbringen. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Projekten für Frauen im ländlichen Raum, die Verbesserung der Familienfreundlichkeit im Hochschulbereich sowie eine aktive Förderung von (Nachwuchs-)Wissenschaftlerinnen, die Stärkung von Frauen im Handwerk und in MINT Berufen. Und wir brauchen mehr Frauen in Leitungspositionen.

Gemeinsam mit den Frauenverbänden im Land kämpfe ich seit vielen Jahren für ein modernes Wahlrecht, das den Landtag zu einem Spiegel der Gesellschaft macht. Mit einem Zweistimmen-Wahlrecht bei der Landtagswahl soll die Anzahl der Frauen im Parlament steigen. Ein Frauenanteil von 29% im Landtag von Baden-Württemberg ist immer noch viel zu gering. Der Landtag soll unsere gesamte Gesellschaft repräsentieren. Unsere ländlichen Wahlkreise ebenso wie unsere Städte, Frauen wie Männer, Alte wie Junge, Alleingesessene wie Migrant\*innen sollten proportional zu ihrem Anteil in der Gesellschaft im Parlament vertreten sein. Der entsprechende Gesetzentwurf wird gerade erarbeitet und ich bin sicher, dass uns die Reform jetzt endlich gelingt!

Ich freue mich auf den Austausch an anderer Stelle mit Ihnen!



Stefanie Seemann Mdl,  
Bündnis 90 / Die Grünen

## DIE FRAUENPOLITISCHEN SPRECHER\*INNEN STELLEN SICH VOR: ISABELL HUBER MDL – CDU LANDTAGSFRAKTION

LIEBE LESER\*INNEN,

als Berichterstatterin für den Bereich Chancengleichheit, Gleichstellung und Antidiskriminierung der CDU-Landtagsfraktion darf ich mich gerne bei Ihnen vorstellen: Mein Name ist Isabell Huber, ich bin 33 Jahre alt und wohne gemeinsam mit meinem Mann und meiner dreijährigen Tochter in Wüstenrot. Als studierte Verwaltungsfachfrau war ich einige Jahre in der Kommunalverwaltung tätig und darf seit 2019 als Landtagsabgeordnete meine Heimat, den wunderschönen Wahlkreis Neckarsulm im Landtag von Baden-Württemberg vertreten.

Für die CDU-Fraktion bin ich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration sowie im Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Darin habe ich die Themenschwerpunkte für die Angelegenheiten der Landesverwaltung und für Kommunales sowie die Funktion der familienpolitischen Sprecherin inklusive der Themen rund um Chancengleichheit für Frauen und Männer, Gleichstellung und Antidiskriminierung. Seit Mai 2021 bin ich darüber hinaus kommissarische Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg.

Die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann ist eine Grundvoraussetzung für eine moderne, demokratische Gesellschaft. Heute ist es selbstverständlich, dass Frauen Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bekleiden. Dennoch ist eine Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen auch im Jahr 2021 keine Selbstverständlichkeit. Gerade die Corona-Pandemie hat diesen Umstand verstärkt. Ob Home Office, Home Schooling, Haushalt – viele Frauen waren in den vergangenen Monaten in besonderem Maße gefordert.

Zudem wirkte die Pandemie wie ein Brandbeschleuniger auf die seit Jahren steigende Gewalt gegen Frauen. Diese gilt es konsequent zu bekämpfen. Nur in einer sicheren Umgebung können Frauen ihr volles Potenzial entfalten. Als Regierungskoalitionen schaffen wir dafür die Voraussetzungen mit dem Landesaktionsplan »Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen«, sowie der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Diese hat insbesondere zum Ziel, für eine ausreichende Ausstattung an Plätzen in Frauen- und Kinderschutzhäusern zu sorgen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Mittel zur Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Menschen von 2,1 Mio. Euro im Jahr 2019 über 6,1 Mio. Euro im Jahr 2020 auf 10,2 Mio. Euro ab dem Jahr 2021 erhöht. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

So wollen wir den Landesaktionsplan mit einem neuen Maßnahmenkatalog weiterentwickeln, die Frauen- und Kinderschutzhäuser weiter ausbauen, sowie die Fachberatungsstellen und ihre mobilen Teams fördern. Weiter werden wir Zwangsprostitution, sowie Genitalverstümmelungen aktiv bekämpfen. Antifeminismus findet allerdings auch zunehmend im digitalen Raum statt. Hier müssen wir uns z. B. mit dem Thema Incels beschäftigen, einer Internet-Subkultur von Männern, die der Ideologie einer hegemonialen Männlichkeit anhängen.



Isabell Huber Mdl, CDU

Neben der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen stellt der Abbau struktureller Nachteile für Frauen, insbesondere im Laufe ihres Erwerbslebens, einen weiteren Schwerpunkt der Gleichstellungsarbeit dar. Dass Frauen trotz gleicher Qualifikation und Arbeitsleistung messbar weniger verdienen, ist mit unseren Vorstellungen einer chancengerechten, sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. Für uns als CDU-Fraktion stehen insbesondere das berufliche Wiedereinstiegsmanagement, Female Leadership, sowie die Prävention gegen geschlechterspezifische Altersarmut im Vordergrund.

Die statistisch häufigere Unterbrechung weiblicher Erwerbsbiografien hängt stark damit zusammen, dass Frauen in der Regel einen Großteil der Pflege und Erziehungsarbeit in der Familie leisten. Frauen leisten im Schnitt täglich 2,5 Stunden mehr Sorgearbeit als Männer, wie die Initiative »Equal Care Day« angibt. Das führt zu einer Unausgeglichenheit im Einkommen von Frauen und Männern, die sich auch im Rentenalter fortsetzt. Erziehung und Pflege von Angehörigen dürfen keine Wege in die Altersarmut sein.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns als CDU ein Herzensanliegen. Ein erfülltes Familien- und ambitioniertes Berufsleben beider Elternteile darf keinen Widerspruch darstellen. Dank Home Office und Telearbeitslösungen können flexible Arbeitszeitmodelle geschaffen werden, die sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken. Die Corona-Pandemie hat hier einige Prozesse beschleunigt, die weiter ausgebaut werden sollten. Die Kontaktstellen »Frau und Beruf« sind zudem ein wichtiges Beratungsangebot beim beruflichen Wiedereinstieg, ebenso wie die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

In den kommenden Monaten werde ich einige Einrichtungen und Vereine besuchen und freue mich bereits heute auf den Austausch mit Ihnen allen.

## DIE FRAUENPOLITISCHEN SPRECHER\*INNEN STELLEN SICH VOR: DR. DOROTHEA KLICHE-BEHNKE – SPD LANDTAGSFRAKTION

LIEBE LESER\*INNEN,

im 21. Jahrhundert und mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir in puncto Gleichstellung zwar vorangekommen, doch tatsächlich sind wir noch weit entfernt von der uneingeschränkten und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen (und Männern) am öffentlichen Leben. Die Gleichstellung ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts von der Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bis hin zur Bildungs- und Rechtspolitik sowie Haushalts- und Finanzpolitik durchziehen muss.

Im neuen Landtag von Baden-Württemberg sind 29,2% Frauen vertreten. Das ist gegenüber 2016 ein leichter Anstieg, aber von Geschlechtergerechtigkeit weit entfernt – leider auch in meiner Fraktion. Das wollen wir mit einer Wahlrechtsreform ändern. Im Bundestag beträgt die Frauenquote 31%, und auf europäischer Ebene ist der Bereich »Power« der schwächste von sechs untersuchten Bereichen. Das könnte man ändern – etwa mit einem Gesetz, das nur paritätisch besetzte Listen zur Wahl zulässt (Parité-Gesetz). Ich plädiere für ein verfassungskonformes Paritégesetz, um mehr Frauen in die Parlamente zu bekommen. Die Reform muss zügig umgesetzt werden, damit sie zur Landtagswahl 2026 greifen kann.

Aber auch im Erwerbsleben sind Frauen noch immer benachteiligt. Sie verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen und sind seltener in Führungspositionen. Den Kampf gegen die Lohnlücke werde ich auch im Landtag entschieden weiterführen. Ich will die Ausnahmetatbestände im Landeschancengleichheitsgesetz streichen und das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Baden-Württemberg auch auf wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Universitäten, auf kommunale und sozialkaritative Stiftungen, die Landesbank Baden-Württemberg, auf Sparkassen, die Sozialversicherungsträger sowie die Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ausdehnen.

Ein wichtiges Segment auf dem Weg zu mehr Gleichstellung ist für mich die Aufwertung der Sorgearbeit. Gleiche Chancen im Erwerbsleben werden nur zu erreichen sein, wenn die unbezahlte Sorgearbeit, also Kindererziehung, Arbeit im Haushalt, Pflege von Angehörigen fair auf die Geschlechter aufgeteilt werden. Nach wie vor leisten Frauen hier den Löwenanteil. Dies wurde insbesondere während der Corona-Pandemie deutlich. Frauen erbringen durchschnittlich 1,5 Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Das wirkt sich auch auf die professionelle Arbeit im Sorgebereich aus: Die Erzieherin, die Haushaltshilfe, die Pflegekraft – sie alle leisten wertvolle Arbeit, verdienen aber zu wenig. In die Hände klatschen und anerkennende Worte reichen da nicht. Ich werde mich mit der SPD dafür einsetzen, dass wir hier einen entscheidenden Schritt weiterkommen!

Die Landespolitik muss mehr tun für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung. Jede dritte Frau ist in ihrem Leben von Gewalt betroffen, jede vierte Frau erlebt Gewalt durch den eigenen Partner.



Dr. Dorothea Kliche-Behnke Mdl, SPD

Diese traurige Bilanz hat sich während der Corona-Pandemie noch verschärft. Deshalb muss unsere Gesellschaft der Gewalt gegen Frauen noch entschiedener entgegenreten – und im Sinne der Istanbul-Konvention handeln. Es geht nicht nur um Zivilcourage und das Aufzeigen von Grenzen in alltäglichen Situationen, es geht um ein flächendeckendes und verlässliches Netz an niederschweligen und professionellen Hilfsangeboten für Betroffene.

All diese Unterstützungsangebote müssen auch für Frauen mit Behinderungen, psychischen oder Suchterkrankungen unbürokratisch zugänglich sein, und die häufig mehrfach traumatisierten weiblichen Opfer unter den Geflüchteten dürfen dabei nicht außen vor bleiben. Ich fühle mich dem Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen verpflichtet und werde mich deshalb im Landtag für mehr bzw. ausreichend viele Frauen- und Kinderschutzhäuser, Schutzwohnungen und für genügend ambulante psychosoziale Angebote für gewaltbetroffene Frauen stark machen. Dazu gehört aus meiner Sicht auch ein Rechtsanspruch auf eine geschützte Unterbringung im Notfall und ein Ausbau von Ausbildungs- und Studienplätzen in der Sozialen Arbeit. Das alles wird Geld kosten, mehr als bisher. Gefragt sind nicht nur Land und Bund, sondern auch Landkreise, Städte und Kommunen.

Zum Gewaltschutz gehört für mich zudem ein frauenpolitischer Bereich, der allzu gern verdrängt wird: Die Prostitution. Sie basiert in Deutschland weitgehend auf struktureller Gewalt und Ausbeutung. Ich bekenne mich zum Nordischen Modell und setze mich für ein Sexkaufverbot ein. Zu diesem Ansatz gehören auch Unterstützungsangebote für Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen.

Fazit: Wir brauchen keine Sonntagsreden und schönen Worte, sondern eine aktive Gleichstellungspolitik, die die entscheidenden rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen setzt, um die Gleichberechtigung weiter voranzubringen.

## DIE FRAUENPOLITISCHEN SPRECHER\*INNEN STELLEN SICH VOR: ALENA TRAUSCHEL MDL – FDP / DVP LANDTAGSFRAKTION

LIEBE LESER\*INNEN,

mein Name ist Alena Trauschel und ich darf mich Ihnen als neue frauenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Landtagsfraktion des 17. Landtags von Baden-Württemberg vorstellen.

Mit 22 Jahren bin ich die jüngste Abgeordnete in der Geschichte des Landtags – und gleichzeitig auch die erste Erstwählerin, die in das Parlament gewählt wurde. Gemeinsam mit 17 anderen Kolleginnen und Kollegen darf ich bei den Freien Demokraten die Oppositionsrolle einnehmen und der grün-schwarzen Landesregierung auf die Finger schauen. Neben meiner Rolle als frauenpolitische Sprecherin bin ich außerdem für die Themen der beruflichen Bildung, LGBTQ+, Europa- sowie Musikpolitik zuständig.

Jung und weiblich im Landtag: Diese Kombination sieht man leider immer noch viel zu selten – nicht nur in meiner Partei. Und wenn man bedenkt, wie hart die Bandagen im Wahlkampf teilweise ausgefallen sind, dann kann ich nachvollziehen, warum so wenige meinesgleichen sich dazu bereit erklären. Während meines Wahlkampfes musste ich unter anderem gegen reservierte Domains mit meinem Namen vorgehen oder mich mit unschönen Verleumdungen unter meinen Wahlplakaten auseinandersetzen.

Leider sind das keine Einzelfälle. Einige meiner jungen FDP-Kolleginnen mussten in ähnlicher Art und Weise üble Vorwürfe oder Bemerkungen unter der Gürtellinie aushalten. Ich finde, dass wir das in unserer politischen Kultur nicht einfach hinnehmen dürfen. Denn es sind diese Geschichten, die bei motivierten Frauen zu Zweifeln führen, ob man sich diesem psychisch belastenden Stress aussetzen möchte. Wir können diesen Kulturwandel allerdings nur erreichen, wenn wir als Gesellschaft klare Kante gegen Verleumdungen im Wahlkampf zeigen und klar machen, dass so etwas keinesfalls toleriert wird.

In den nächsten Monaten und Jahren werden einige frauenpolitische Themen auf der Agenda stehen: Dazu zählen unter anderem die Wahlrechtsreform, die Evaluation der Maßnahmen in Deutschland im Rahmen der Istanbul-Konvention oder die Frage nach der



Alena Trauschel Mdl, FDP / DVP

künftigen Finanzierung von Frauenhäusern. Hier möchte ich konstruktiv-kritisch die Landesregierung im Blick behalten und regelmäßig zu den aktuellen Umsetzungsständen Stellung beziehen.

Auch darüber hinaus möchte ich mit meiner Reichweite in den sozialen Medien wichtige frauenpolitische Themen ansprechen und dafür Aufmerksamkeit erzeugen.

Ich freue mich, wenn Sie mir dazu auf Facebook ([facebook.com/trauschel](https://facebook.com/trauschel)), Instagram ([alena.trauschel](https://instagram.com/alena.trauschel)) oder Twitter ([alenaTrauschel](https://twitter.com/alenaTrauschel)) folgen.

Natürlich stehen mein Büroteam und ich bei Fragen oder Anregungen zu meiner Arbeit gerne zur Verfügung. Sie erreichen mich hierzu unter der E-Mail-Adresse: [alena.trauschel@fdp.landtag-bw.de](mailto:alena.trauschel@fdp.landtag-bw.de)

Ich freue mich auf den bereichernden und konstruktiven Austausch mit Ihnen!

## HILFE BEI GEWALT – FLYER-AKTION IM APRIL 2020

In Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Baden-Württemberg

Jede dritte Frau in Deutschland ist von Gewalt betroffen. Viele Frauen erleben diese an einem Ort, an dem sie sich eigentlich sicher fühlen sollten: Im eigenen Zuhause. Mit der Corona-Pandemie und der damit verbundenen sozialen Distanz hat sich die Situation für Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, zugespitzt. Die Landesarbeitsgemeinschaft Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Baden-Württemberg (LAG) und der Landesfrauenrat Baden-Württemberg (LFR) haben deshalb eine gemeinsame Flyer-Aktion gestartet.

»Häusliche Gewalt ist häufig noch ein Tabuthema, viele Betroffene schweigen aus Angst und Scham. Wir alle dürfen hier aber nicht wegschauen oder schweigen, sondern müssen Betroffene, darunter vor allem Frauen und Kinder schützen und verstärkt auf Hilfsangebote hinweisen, gerade in dieser schwierigen Corona-Zeit«, sagt Susanne Brückner, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pforzheim und LAG-Sprecherin.

Unkompliziert können die Handzettel in DIN A-5 Format ausgedruckt in Apotheken, Drogerien oder Supermärkten verteilt werden. »Der Soforthilfeflyer dient dazu, dass von Gewalt betroffene Frauen, Kinder und Jugendliche schnell, regional und vor Ort an Infor-

mationen zu Hilfesystemen gelangen können«, erklärt Prof. Dr. Anja Reinalter, die erste Vorsitzende des LFR. »Denn jeder Tag muss ein Tag ohne Gewalt gegen Frauen und Mädchen sein.«

Die LAG und der Landesfrauenrat weisen zum 25.11., dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, besonders auf die Istanbul-Konvention hin: Seit 01.02.2018 ist in Deutschland das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, in Kraft. Darin verpflichtet sich Deutschland auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, dass Gewalt gegen Frauen bekämpft, Betroffenen Schutz und Unterstützung geboten und Gewalt verhindert wird. Die insgesamt 81 Artikel betreffen die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, den Schutz der Opfer und die Bestrafung der Personen, die gewalttätig werden. Zugleich werden damit die Gleichstellung von Mann und Frau und das Recht von Frauen auf ein gewaltfreies Leben gestärkt.

**Information, Beratung, Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt in Zeiten der COVID-19 Krise**

**Soforthilfe bei häuslicher Gewalt Polizei (Notruf) 110**  
Wählen Sie 110, wenn Sie in Gefahr sind. Die Polizei steht Ihnen zur Seite und kann den Gewalttäter/die Gewalttäterin sofort aus der Wohnung verweisen und ein Annäherungsverbot aussprechen.

**Soforthilfe bei sexualisierter Gewalt Kriminaldauerdienst Pforzheim (24h) 07231-186 4444**  
Kriminalkommissariat Pforzheim D 1 (tagsüber) 07231-186 4901  
Wenn Sie Opfer einer Sexualstraftat geworden sind und zeitnah eine Anzeige erstatten möchten, rufen Sie die Polizei an. Diese nimmt die Anzeige auf und bringt Sie in ein Krankenhaus.

**Frauenhaus 07231-457 630**  
kontakt@frauenhaus-pforzheim.de  
www.frauenhaus-pforzheim.de  
Im Notfall können Sie sofort mit Ihren Kindern den Schutz des Frauenhauses in Anspruch nehmen. Hier sind Sie an einem geheimen Ort in Sicherheit und können mit fachlicher Unterstützung überlegen, wie es weitergehen soll.

**Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung am Helios Klinikum Pforzheim 07231-969 425 70**  
(Zentrale Notaufnahme, 24h)  
Wenn Sie Opfer einer Sexualstraftat geworden sind und keine Anzeige erstatten möchten, können Sie sich zeitnah (bis zu drei Tage nach dem Geschehen) an das Helios Klinikum Pforzheim wenden. Um optimal behandelt zu werden, folgen Sie den beschriebenen Informationen unter: [www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de](http://www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de)  
Es gilt die ärztliche Schweigepflicht.

**Beratung bei sexualisierter Gewalt pro familia Pforzheim**  
Beratung für erwachsene Frauen und Männer nach sexualisierter Gewalt 07231-607 5860  
pforzheim@profamilia.de  
www.profamilia.de/pforzheim

Bitte wenden →

**Lilith Beratungsstelle für Mädchen und Jungen zum Schutz vor sexueller Gewalt**  
Anlaufstelle für weibliche und männliche Jugendliche sowie junge Erwachsene bis 21 Jahre im Kontext der „Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung“ 07231-353 434  
info@lilith-beratungsstelle.de  
www.lilith-beratungsstelle.de

**Beratungsstellen für Kinder, Eltern und Jugendliche des Enzkreises und der Stadt Pforzheim**  
Beratungsstelle für Kinder, Eltern und Jugendliche Enzkreis 07231-308 70  
Beratungsstelle für Kinder, Eltern und Jugendliche Mühhlacker 07041-897 451 01  
Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und deren Familien aus Pforzheim 07231-281 700

**Beratung bei häuslicher Gewalt Fachstelle häusliche Gewalt 07231-428 650**  
fachstelle.haesuehlichegewalt@diakonie-pf.de  
Die Fachstelle Häusliche Gewalt berät Betroffene und Angehörige sowie Personen aus dem sozialen Umfeld betroffener Personen.

**Bundesweites telefonisches Hilfsangebot für „tatgeneigte“ Personen während der Corona-Krise 0800-702 2240**

**Corona-Krise Merkblatt für Männer unter Druck: www.maenner.ch/coronakrise-merkblatt/**

**Bundesweites Hilfefon Gewalt gegen Frauen 08000-116 016**  
www.hilfefon.de  
Das Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ erreichen Sie rund um die Uhr. Das Angebot ist kostenlos, anonym und mehrsprachig. Auch über die Online-Beratung, per E-Mail oder Chat können Sie sich an das Hilfefon wenden (www.hilfefon.de). Das Hilfsangebot ist für Betroffene, Familienangehörige, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte.

**Bundesweite Hilfefone bei Konflikten und Problemen zu Hause (kostenlos und anonym) Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ 08000-116 016**  
Hilfefon „Schwangere in Not“ 0800-404 0020  
Nummer gegen Kummer. Hilfe für Kinder und Jugendliche 116 111  
Elterntelefon 0800-111 0550

Informationen auf der städtischen Website Informationen zu allen genannten Themen und weiteren finden Sie auf den Seiten der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Pforzheim und des Enzkreises unter: [www.pforzheim.de/gewaltfreiheit](http://www.pforzheim.de/gewaltfreiheit)  
[www.enzkreis.de/Gleichstellungsbeauftragte](http://www.enzkreis.de/Gleichstellungsbeauftragte)

Impressum  
Stadt Pforzheim, Rechtsamt, Gleichstellungsbeauftragte, Telefon 07231-392 548, gleichstellung@pforzheim.de, www.pforzheim.de  
Landratsamt Enzkreis, Gleichstellungsbeauftragte, Telefon 07231-308 9595, gleichstellungsbeauftragte@enzkreis.de, www.enzkreis.de

## DIGITAL WOMEN TALK AM 17.06.2020 ZUR CORONA WARN APP: GESUNDHEITSSCHUTZ – GRUNDRECHTE – DATENSCHUTZ – ÜBERWACHUNG

Arbeitskreis Digitalisierung Gender 4.0 des Landesfrauenrates Baden-Württemberg

Bei diesem ersten in digitalem Format angebotenen Digital Women Talk des Landesfrauenrates Baden-Württemberg haben wir die Diskussion über die Corona App um die Expertise und Sichtweisen von Frauen erweitert!

Die Expertin **Ines Atug** (Senior Expert für Cloud Security bei Hi Solutions AG in Bonn) stellte den aktuellen Stand zur Entwicklung der Corona App dar und erläuterte, welche Daten überhaupt erhoben und wie und wann sie wieder gelöscht werden.

Die Expertin **Clarissa Henning** (Referentin beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg) ging in ihrem Beitrag der Frage nach wie die Corona App diskriminieren kann, welche Maßnahmen es dagegen gibt es und wie sich die Risiken und Nebenwirkungen auf Frauen auswirken.

Nach den Vorträgen gab es die Gelegenheit zu einer moderierten Fragerunde.



## DIGITAL WOMEN TALK AM 23.09.2020: BEEINFLUSSEN ALGORITHMEN DIE GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT?

Arbeitskreis Digitalisierung Gender 4.0 des Landesfrauenrates Baden-Württemberg

Der zweite Digital Women Talk des Landesfrauenrates Baden-Württemberg beschäftigte sich mit der Frage: Was wäre, wenn Algorithmen weiblicher denken?

Die Expertin **Carla Hustedt** (Projektleiterin »Ethik der Algorithmen« der Bertelsmann Stiftung) erläuterte wie und warum algorithmisch getroffene Entscheidungen unseren Beruf und unsere Freizeit prägen und stellte einen genderspezifischen Blick auf Algorithmen und ihre Auswirkungen vor.



Sie können die gesamte Veranstaltung auf unserer Homepage nachhören: [www.lfrbw.de/2020/06/digital-women-talk-zur-corona-app-zum-nachhoeren-spannungsverhaeltnis-gesundheitsschutz-grundrechte-datenschutz-ueberwachung/](http://www.lfrbw.de/2020/06/digital-women-talk-zur-corona-app-zum-nachhoeren-spannungsverhaeltnis-gesundheitsschutz-grundrechte-datenschutz-ueberwachung/)

Die Expertin **Fiona Liebehenz** (Director International Key Account bei Bosch Professional Power Tools, eCommerce) beleuchtete die zunehmenden Problemfelder, die durch Algorithmen entstehen – wie zum Beispiel das Erstarren der Diskriminierungsmuster der Geschlechter und die Reproduktion von Gender Stereotypen – und legte dar, wo hier Chancen für Frauen und wo Gefahren liegen.

In der anschließenden Fragerunde wurde darüber diskutiert, ob eine größere Vielfalt bei Entwickler\*innen den Blick auf Vorurteile, die sich über Daten oder Wertevorstellungen in Algorithmen eingeschlichen haben, entschärfen können und somit dabei helfen, diese zu verhindern.

Sie können die gesamte Veranstaltung auf unserer Homepage nachhören: [www.lfrbw.de/2020/10/zum-nachhoeren-was-waere-wenn-algorithmen-weiblicher-denken-digital-women-talk-des-arbeitskreises-digitalisierung-gender-4-0-des-landesfrauenrates-baden-wuerttemberg/](http://www.lfrbw.de/2020/10/zum-nachhoeren-was-waere-wenn-algorithmen-weiblicher-denken-digital-women-talk-des-arbeitskreises-digitalisierung-gender-4-0-des-landesfrauenrates-baden-wuerttemberg/)

## KAMPAGNE #ROTLICHTAUS IN DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART

Im letzten Herbst war die Kampagne #Rotlichtaus des Landesfrauenrates Baden-Württemberg und SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V. in Stuttgart präsent. Sie wurde vom Gemeinderat der Stadt Stuttgart unterstützt.

Die Kampagne #Rotlichtaus wurde schon im Jahr 2017 gestartet und umfangreiches Informationsmaterial auf Spendenbasis entwickelt. Bundesweit wurde sie aufgegriffen und in vielen Städten umgesetzt.

Für Aufmerksamkeit zu den Missständen in der Prostitution und für die Sensibilisierung und Aufklärung der Freier sorgten diverse Aktionen in Stuttgart vom 24.09. bis zum 15.10.2020. So wurden an fast 400 Stellen/Flächen im gesamten Stadtgebiet die 3 Motive der Kampagne gezeigt und mit diesen Motiven bestückte Postkarten in Umlauf gebracht. Das Banner der Kampagne hing zwei Wochen am Rathaus Stuttgart. Zusätzlich wurde am Internationalen Tag gegen Prostitution und Menschenhandel, dem 05.10.2020, ein Bildschirm am Kronprinzenplatz aufgebaut, auf dem ein Aufklärungsfilm von SISTERS e.V. in Dauerschleife lief.

Die Stuttgarter Kampagne #Rotlichtaus hat große Resonanz ausgelöst, es wurden zahlreiche Pressegespräche geführt und veröffentlicht. Die Website der Kampagne gibt unter [www.rotlichtaus.de](http://www.rotlichtaus.de) einen weiteren Überblick über Orte, an denen sie durchgeführt wurde oder geplant wird, z.B. gerade in Köln.

Es war eine sehr erfolgreiche Kooperation, um die Stuttgarter Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen in der Prostitutionsindustrie zu informieren und wachzurütteln.

Verena Hahn, LFR



Büchsenstraße im Stadtgebiet Stuttgart



Rathaus Stuttgart



Von links nach rechts: Karen Ehlers (SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V.), Dr. Ursula Matschke (Leiterin Abteilung für Chancengleichheit und Diversity), Prof. Dr. Monika Barz (Vorstand LFR bis 2020)

## DIGITALE KLFR MECKLENBURG-VORPOMMERN AM 18.09. UND 19.09.2020

Unter Vorsitz des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V. fand am 18. und 19.09.2020 die online-Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) mit mehr als 100 Teilnehmer\*innen aus dem Bundesgebiet statt. Seit 1996 tagt der Zusammenschluss aller 16 bundesdeutschen Landesfrauenräte mit rotierendem Vorsitz einmal im Jahr. »Die Covid-19-Krise hat gezeigt, Frauen stellen mit ihrer zu großen Teil schlechtbezahlten Arbeit in systemrelevanten Berufen und ihrer unbezahlten Care- und Sorgearbeit die Grundversorgung der Gesellschaft sicher und tragen so die Hauptlast in der Krise. Viel zu spät sind jedoch die Auswirkungen dieser Mehrfachbelastung (Betreuung, mobiles Arbeiten, Homeschooling und Haushalt) von Frauen und Müttern in den Blick von Entscheidungsträger\*innen geraten«, heißt es in der Resolution »Geschlechtergerecht aus der Krise«.

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die paritätische Besetzung von Krisenstäben und Entscheidungsgremien unter Einbeziehung der Frauen- und Gleichstellungsministerien und Frauenverbände. Die Vorsitzende des Landesfrauenrates M-V, Ulrike Bartel, betont: »Es braucht Konzepte, wie die Gesellschaft geschlechtergerecht aus der Krise kommt und die Nachteile, die Frauen im Lockdown hatten, wirksam ausgeglichen werden können. Deshalb ist es auch wichtig, öffentliche Mittel geschlechtergerecht zu verwenden.«

Es braucht darüber hinaus noch mehr, stellen die Landesfrauenräte fest – etwa:

- + die Aufwertung bezahlter Care-Arbeit durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlung, auskömmliche Personaluntergrenzen und Pflegebemessung im Pflegesektor sowie der Anspruch, dass Krankenhäuser zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören und kein Feld der Gewinnmaximierung sind
- + ein Konzept für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Krisenzeiten oder
- + die Erweiterung der kritischen Infrastruktur in Ausnahmesituationen sowie die Umsetzung der Istanbul-Konvention als krisensichere Struktur in kritischen Bereichen (z.B. Frauenhäuser)

Des Weiteren diskutierten die Vertreter\*innen aus den Bundesländern intensiv den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland und verabschiedete die Resolution »Istanbul-Konvention – endlich umsetzen – auch in Ländern und Kommunen«. Bei der Istanbul-Konvention handelt es sich um ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 2011 wurde dieser völkerrechtliche Vertrag ausgearbeitet und damit verbindliche Rechtsnormen geschaffen.



Teilnehmer\*innen aus den Landesfrauenräten der Bundesländer

Die KLFR fordert weiterhin in einem Beschluss, dass die laufenden Debatten zur Umbenennung von Straßen und Plätzen, z.B. wegen der Aufarbeitung der Historie der Kolonialzeit, des NS-Regimes etc., genutzt werden, um Frauen der Geschichte, aus Kultur und Wissenschaft endlich sichtbar werden zu lassen und zu würdigen.

Darüber hinaus fordert die KLFR die Erarbeitung und Umsetzung eines nachhaltigen Konzeptes, das Finanz- und ökonomisches Wissen für alle Schulformen verpflichtend unter Einsatz moderner Medien und Lerntechniken mit dem Ziel verankert, insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer eigenständigen Existenzsicherung zu schaffen, um somit langfristig die Altersarmut von Frauen zu überwinden.

Die Konferenz der Landesfrauenräte wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

## DIGITALER FACHDIALOG AM 20.10.2020 »GESETZE SCHAFFEN WERTE: PROSTITUTION HEUTE – DAS NORDISCHE MODELL UND GESCHLECHTERDEMOKRATIE«

### Veranstaltung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg setzt sich nach intensiven Fachdebatten seit 2013 für das Nordische Modell ein und stand damals noch ziemlich alleine mit dieser Überzeugung da. Nun ist das Nordische Modell in der breiten Öffentlichkeit angekommen und Gegenstand vieler Debatten.

Unter dem Leitgedanken »GESETZE SCHAFFEN WERTE« sollte bereits Anfang Mai 2020 ein ganztägiger Fachtag des Landesfrauenrates Baden-Württemberg zum Nordischen Modell stattfinden, der das Thema von unterschiedlichen Seiten aus beleuchtet hätte. Leider kam die Corona-Pandemie dazwischen und wir mussten uns aufgrund der unübersichtlichen Situation für ein sehr »geschrumpftes« digitales Format entscheiden.

Die Nachfragen an Informationen zum Nordischen Modell war sehr groß, weit über 100 Teilnehmende folgten den fundierten Ausführungen der geladenen Expert\*innen. Nach der Begrüßung durch die erste Vorsitzende Prof. Dr. Anja Reinalter und einem Grußwort der französischen Generalkonsulin Catherine Veber (Generalkonsulat Stuttgart) gingen die Referent\*innen in ihren Beiträgen folgenden Themen nach:

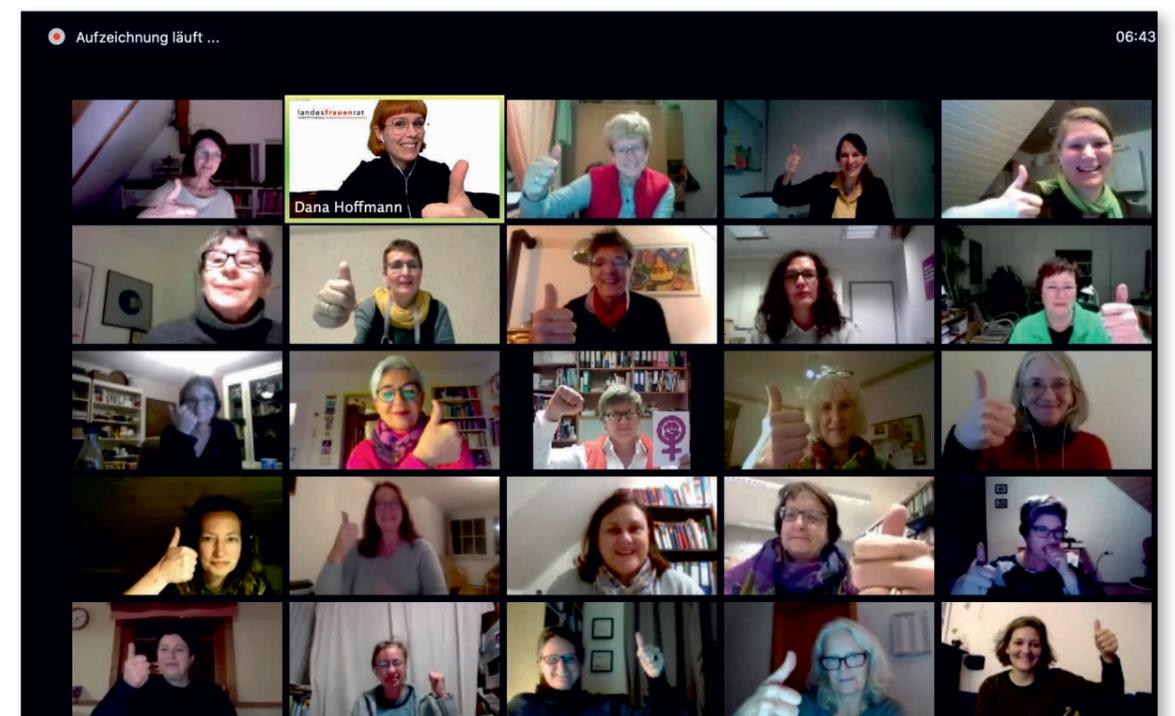
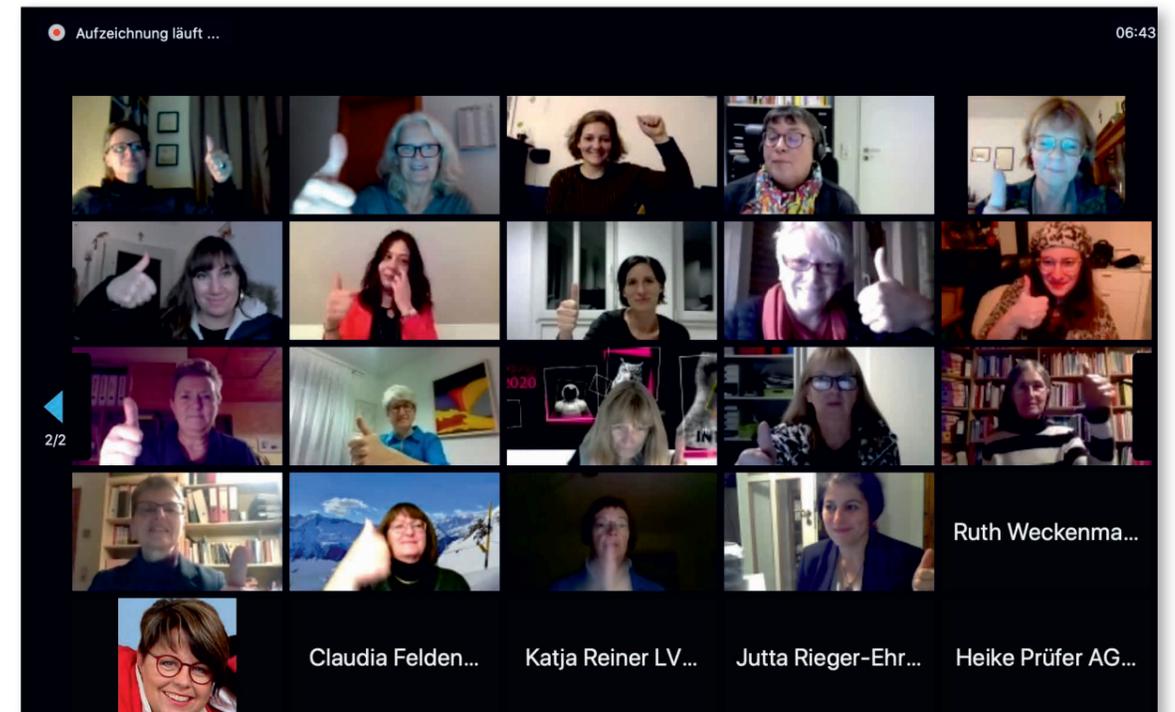
- + Erfahrungen mit dem »Nordischen Modell«: Johan Frisell, Gesandter und stellvertretender Leiter der schwedischen Botschaft in Berlin
- + Von der praktischen Arbeit zum politischen Engagement fürs Nordische Modell: Sabine Constabel, SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V.



- + Erfahrungen mit dem »Deutschen Modell«: Manfred Paulus, Kriminalhauptkommissar a.D.
- + Aktivistin und Überlebende der Prostitution: Marie Merklinger, SPACE International

Zwischen den Beiträgen gab es moderierte Fragerunden aus dem Chatraum.

Sie können die gesamte Veranstaltung auf unserer Homepage nachhören: [www.lfrbw.de/2020/10/zum-nachhoeren-prostitution-heute-das-nordische-modell-und-geschlechterdemokratie-digitaler-fachdialog-des-landesfrauenrates-baden-wuerttemberg-zum-leitgedanken-gesetze-schaffen/](http://www.lfrbw.de/2020/10/zum-nachhoeren-prostitution-heute-das-nordische-modell-und-geschlechterdemokratie-digitaler-fachdialog-des-landesfrauenrates-baden-wuerttemberg-zum-leitgedanken-gesetze-schaffen/)



Teilnehmer\*innen der ersten digitalen Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates BW

## ERSTE DIGITALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG AM 27.11.2020

### Beschlüsse und Briefwahl

Die Delegiertenversammlung fand – wie so vieles in diesem turbulenten Jahr – zum ersten Mal digital statt. Wir waren froh und erleichtert, dass die Teilnehmerinnen sich dazu bereit erklärt haben der Delegiertenversammlung auf diesem Wege beizuwohnen und bedanken uns an der Stelle sehr herzlich bei allen, die zu dem guten Gelingen beigetragen haben!

Da der gesamte Vorstand des Landesfrauenrates turnusgemäß neu gewählt werden musste, haben wir uns für eine **BRIEFWAHL** entschieden und die entsprechenden Unterlagen an die Delegierten verschickt. Die schriftlichen Bewerbungen der Kandidatinnen gingen den Delegierten vorab zu und unter Tagesordnungspunkt XV hatten die Kandidatinnen die Möglichkeit sich persönlich vorzustellen und Fragen der Teilnehmerinnen zu beantworten. Die Wahlkommission, bestehend aus Prof. Dr. Ursula Probst (Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen) und Judith Vowinkel (Naturfreunde Württemberg Fachbereich Frauen), kam am 07.12.2020 unter Einhaltung der Hygienevorschriften in die Geschäftsstelle des Landesfrauenrates um die Stimmzettel auszuzählen.

Im **ersten Wahlgang** wurden die 1. Vorsitzende Prof. Dr. Anja Reinalter, die 2. Vorsitzende Hildegard Kusicka, die Schatzmeisterin Viviana Weschenmoser, die Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit

Corinna Schneider und die beiden Beisitzerinnen Rotraud Mack und Prof. Dr. Ute Mackenstedt gewählt. Im notwendigen **zweiten Wahlgang** (Stimmauszählung 17.12.2020) wurden die beiden Beisitzerinnen Verena Hahn und Sarah Schlösser gewählt. Im **dritten Wahlgang** (Stimmauszählung 13.01.2021) wurde Vera Huber als Beisitzerin gewählt.

Als **neues Mitglied** hat die Delegiertenversammlung den Berufsverband Hauswirtschaft e.V. (Landesverband Baden-Württemberg) in den Landesfrauenrat aufgenommen. Wir freuen uns sehr über den neuen Mitgliedsverband und heißen Sie herzlich willkommen!

Die Delegiertenversammlung hat insgesamt über **16 BESCHLÜSSE** abgestimmt, die wir Ihnen (gebündelt) im Folgenden vorstellen:

### Geschlechtergerecht aus der Krise

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, für zukünftige Krisen gesetzlich festzulegen, dass Krisenstäbe paritätisch unter Einbeziehung der Frauen- und Gleichstellungsministerien, der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Frauenverbänden zu besetzen sind.

Die Covid-19-Krise hat gezeigt, dass Frauen mit ihrer zum Großteils schlecht bezahlten Arbeit in systemrelevanten Berufen und ihrer unbezahlten Care- und Sorgearbeit die Grundversorgung der Gesellschaft sicherstellen und so die Hauptlast in der Krise tragen. Viel zu spät sind jedoch die Auswirkungen dieser Mehrfachbelastung (Betreuung, mobiles Arbeiten, Homeschooling und Haushalt) von Frauen und Müttern in den Blick von Entscheidungsträger\*innen geraten. Bis heute gibt es keine Konzepte, wie die Gesellschaft geschlechtergerecht aus der Krise kommt oder die Nachteile, die

Frauen im Lockdown hatten, wirksam ausgeglichen werden können. Die Landesfrauenräte aller Bundesländer mahnen daher eine geschlechtergerechte Verwendung aller öffentlicher Mittel an.

### Geschlechtergerechte Besetzung und Begleitung der Gremien Wirtschaft 4.0 und künstliche Intelligenz

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei dem an der Hochschule Karlsruhe gegründeten Institut für »Nachhaltige Mobilität«, dem Aufbau eines »Innovationsparks →

für Künstliche Intelligenz\* und den weiteren Gremien und Regierungsprogrammen, die sich mit Digitalisierung befassen, die zu besetzenden Positionen entsprechend oder analog dem Chancengleichheitsgesetz paritätisch besetzt werden.

#### Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor und nach dem 01.01.1992 geboren wurden (Mütterrente)

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, Kindererziehungszeiten für Kinder mit Geburtsdatum vor und nach dem 01.01.1992 innerhalb des jeweils einschlägigen Alterssicherungssystem systemkonform und wirkungsgleich zu berücksichtigen.

#### Entlastung der Beauftragten für Chancengleichheit

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, die Beauftragte für Chancengleichheit (BfC) in erheblichem Umfang von ihren dienstlichen Aufgaben zu entlasten. Ihre Stellvertreterin muss ebenfalls teilentlastet werden.

Die BfC leistet einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Gleichheit der Geschlechter. Sie ist in ihrer Funktion als Teil der Amtsleitung Vermittlerin und Ansprechpartnerin in der Dienststelle und trägt damit dazu bei, dass Frauen dieselben beruflichen Chancen bekommen wie Männer.

#### Abschaffung der Regelungen für geringfügig Beschäftigte – 450 Euro Job als Haupterwerb abschaffen

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, den 450 Euro Job als Haupterwerb abzuschaffen.

Eine Studie des Bundesfamilienministeriums zeigt, dass Frauen sich mit diesen Minijobs eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhoffen und dann aus dieser Erwerbsform kaum mehr herausfinden können. Die Tätigkeiten in Nebenbeschäftigungen werden im Lebensverlauf zunehmend als Haupterwerb durchgeführt und machen Wechsel in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse immer unwahrscheinlicher. Für viele Frauen wird der Minijob zur Falle und führt zu Unterversorgung und einer potentiellen Altersarmut.

#### Gleichstellungsstrategie

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die neue Landesregierung auf, sich auf die Erarbeitung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie zu verständigen. Ziel muss es sein, strukturelle Hemmnisse für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Land zeitnah abzubauen.

#### Mehr Frauen in die Parlamente

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, das Landtagswahlrecht zu reformieren. Die Wahlreform soll neben der Landtagswahl auch die gesetzliche Regelung für die Kommunalwahlen einbinden.

#### Aufwertung systemrelevanter Berufe

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, sogenannte systemrelevante Berufe stark aufzuwerten. Die Berufe, um die es hier geht, gehören zur kritischen Infrastruktur, die das Leben einzelner Menschen sichern und dafür sorgen, dass Gesell-

schaft funktionieren kann. Sie orientieren sich am Gemeinwohl, funktionieren auch in der Krise und sie werden in der Regel von Frauen ausgeübt.

#### Sexualpädagogik Landesprogramm

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, ein Landesprogramm »Sexuelle Bildung« aufzulegen.

Sexualpädagogische Angebote in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen dienen der Aufklärung, sexuellen Gesundheit, der Prävention von Missbrauch und dem Schutz vor ungewollten Schwangerschaften. Eine rechtebasierte sexuelle Bildung strebt die Stärkung eines positiven sexuellen Selbstbildes an und fördert Respekt, Gleichberechtigung, Toleranz und Fürsorglichkeit. Sie hinterfragt die Rollenbilder und -erwartungen, insbesondere von Mädchen und jungen Frauen.

Des Weiteren hat die Delegiertenversammlung positiv über die **AUFNAHME DER NACHFOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDER** in den Landesfrauenrat entschieden:

- + **Breymaier, Leni**  
Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD-Fraktion
- + **Esken, Saskia**  
Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD-Fraktion und Bundesvorsitzende der SPD
- + **Kluth, Dorothee**  
Bischöfliches Ordinariat, Geschäftsführende Bildungsreferentin
- + **Prof. Dr. Reinalter, Anja**  
Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg
- + **Schneidewind-Hartnagel, Charlotte**  
Mitglied des Deutschen Bundestags für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fördermitglieder werden zu den Delegiertenversammlungen eingeladen, haben kein Wahl-, Stimm- und Rederecht. Die Fördermitgliedschaft kann jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist spätestens bis 30.09. zum Jahresende gekündigt werden.

Wir wollen mit der »Fördermitgliedschaft für Frauen« interessierten Fraueninstitutionen, Frauenverbänden, Frauenvereinen, Frauengruppen gemischter Verbände, siehe § 4 Abs.1 die Möglichkeit geben, sich enger an die Arbeit des LFR anzuschließen. Mit einer Fördermitgliedschaft kann auch öffentlich signalisiert werden: Wir unterstützen die Arbeit des Landesfrauenrates (Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierung und weitere vielfältige Themen); wir vertreten Fraueninteressen und wir wertschätzen das ehrenamtliche Engagement von 2 Millionen Mitgliedsfrauen in Baden-Württemberg.

Aus diesem Grund bedanken wir uns bei unseren ersten Fördermitgliedern und heißen sie herzlich im Landesfrauenrat Baden-Württemberg willkommen!

## BERICHT AUS DEM LANDESMEDIENRAT (LFK)

Die LFK ist im Wandel. Er nimmt eine Vielzahl an unterschiedlichen Aufgaben wahr – alle mit dem Ziel, den Medienstandort Baden-Württemberg zu stärken und den kompetenten Umgang der Bürger\*innen mit Medien zu fördern.

In der Medienlandschaft sind rasante Veränderungen im Gang, insbesondere die Digitalisierung: Ist sie eher eine Bedrohung oder eine Chance? Beides trifft wohl zu. Fake News und Hate Speech sind zentrale Themen, Aufklärung darüber und Schutz davor ist ein Aufgabefeld des Landesmedienrats und vor allem die besonders »verwundbaren« Nutzer\*innen, nämlich Kinder und Jugendliche, zu schützen. Ein anderes Aufgabefeld ist es, Senior\*innen bei einem sicheren Umgang mit digitalen Medien zu unterstützen. Das Bewusstsein, dass Frauen, gleiche Teilhabe an den digitalen Welten haben sollten und junge Frauen häufig die Opfer sind, ist durchaus vorhanden.

#### DIE AUFGABEN DES LFK SIND: FÖRDERUNG DER MEDIENKOMPETENZEN, REGULIERUNG UND FORSCHUNG

Die Förderung von Medienkompetenz und die Herausforderungen einer zunehmend digitalen Gesellschaft sind vor allem deren Geschwindigkeit. Wie schnell werden neue Handy-Programme entwickelt und mittlerweile über die ganze Welt verbreitet. Ein Beispiel ist Instagram oder auch Tiktok, die meist von Jugendlichen genutzt werden. Die Kontrollmöglichkeiten müssen oft erst noch geschaffen werden und hinken meist hinterher. Andererseits stehen dem medienpädagogische Angebote gegenüber, die gerade in Zeiten der Pandemie enorm zugenommen haben, z.B. Spiele wie Games – im Unterricht, Computerschulen BW, Makerbox. Angebote für Ältere des LFK sind z.B. KommiT, gesundaltern@bw, Silver Tipps und Silver Surfer. Sie sind zum Teil direkt im Netz abrufbar. **Infos zu Markerbox: [www.lfk.de/medienkompetenz/games/makerbox](http://www.lfk.de/medienkompetenz/games/makerbox)**

In der Regel geht es in den Sitzungen um Regulierungen, d.h. um die Zuweisung von Übertragungskapazitäten und damit Senderechten. In letzter Zeit gehen z.B. auch Zeitungsverleger\*innen online. Sie wollen den Markt nicht länger Dritten überlassen. Auch die Corona-Pandemie wirkt sich in diesem Sektor aus. Corona gefährdet vor allem kleine, lokale Sender, die noch nicht fest etabliert sind, aber auch frei Sender wie »Radio Dreyecksland«.

Hier geht es um vor allem um finanzielle Entlastung. Die Herausforderungen sind gewaltig und es ist zu fragen, bleiben gerade freie Mitarbeiterinnen auf der Strecke? Der Erhalt des privaten Rundfunks ist wichtig um Vielfalt zu erhalten, und auch zur lokalen und regionalen Identität seiner Menschen beizutragen (z.B. türkisch-deutsche Sender rund um Stuttgart).

#### Die zentralen Aufgaben im Bereich der Regulierung sind:

- + Zulassung: Vergabe von Sendelizenzen
- + Wahrung journalistische Grundsätze
- + Jugendschutz
- + Impressumspflicht im Internet
- + Medienvielfalt: Plattformen wie z.B. Vodafone, Telekom, Joyn, uvm.

Auch die sogenannten »Medienintermediäre«, z.B. Suchmaschinen wie Google, Facebook, Instagram, fallen darunter und haben sich wie auch Influencer\*innen an bestimmte Regeln zu halten. Wie

**LFK** • Die Medienanstalt für  
• Baden-Württemberg

wichtig aber auch schwierig hier Kontrollen sind und welchen Einfluss Algorithmen auf unseren Alltag haben, hat der LFR-Fachtag anschaulich in unser Bewusstsein gerückt. Mit dem am 07.11.2020 in Kraft getretenen Medienstaatsvertrag auf Bundesebene ist eine Grundlage geschaffen worden, die nun auf Landesebene umzusetzen ist.

Ziel ist es Transparenz zu schaffen, zunächst geht es darum bestimmte Kriterien offenzulegen wie Zugang und Verbleib von Inhalten, deren Aggregation, Selektion und Präsentation von Inhalten sowie über die Funktionsweise der eingesetzten Algorithmen. Zum anderen ist ein Diskriminierungsverbot vorgesehen, das es Anbietenden von Medienintermediären untersagt, journalistisch-redaktionell gestaltete Angebote, auf deren Wahrnehmbarkeit sie besonders hohen Einfluss haben, systematisch zu benachteiligen.

Die Landesmedienanstalten sind nun damit beauftragt, die neuen Bestimmungen des Medienstaatsvertrags in Form einer Satzung zu konkretisieren. Dies wird ähnliche Regelungen wie bei der Datenschutzgrundverordnung nach sich ziehen.

**»Egal ob Elektronischer Programmführer, Menü eines Smart-TVs oder Sprachassistenten – alle diese Benutzeroberflächen entscheiden durch ihre Gestaltung über die Auffindbarkeit von Inhalten und haben damit auch Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Die Anbieter sind deshalb verpflichtet, die Auffindbarkeit von Inhalten chancengleich und diskriminierungsfrei zu gestalten.« (Auszug aus der DSGVO)**

Ein Letztes noch: Der Landesmedienrat hat 37 Mitglieder. Momentan sind 7 Frauen vertreten. Das sind weniger als 20%. Wir sollten daher bei der neuen Landesregierung die Umsetzung des Gremiengesetzes einfordern, denn die Wahl bringt auch hier einiges an Veränderungen mit sich.

Herzlich gerne möchte ich Sie dazu einladen, die Kolleginnen in der LFR-Geschäftsstelle oder mich über diskriminierende Vorkommnisse zu informieren. Scheuen Sie sich nicht, unser Gefühl trügt uns nicht, denn die oftmals geringe Anzahl der Beschwerden ist nicht immer ein Beleg dafür dass in der Medienlandschaft BVVs alles in Ordnung ist. Und nicht zuletzt geht es auch darum, dass wir Angebote einfordern, die uns Medienkompetenz vermitteln, damit wir auch zukünftig – egal in welchem Alter und mit welchen Vorkenntnissen – es mit den Herausforderungen einer zunehmend digitalen Gesellschaft aufnehmen können.

Dagmar Höppel, VBWW

## VORSTELLUNG DER NEUEN MITGLIEDSVERBÄNDE

### FORUM INTERNATIONALER FRAUEN BW E.V. (FiF)

Die Delegiertenversammlung hat den Landesverband Forum Internationaler Frauen Baden-Württemberg e.V. im Oktober 2018 aufgenommen.

Wir sehen darin eine große Chance: In Baden-Württemberg leben mehr als 1,6 Millionen Frauen (30%) mit Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2019). Wir sind stolz als Forum internationaler Frauen Baden-Württemberg als erster Verband im Landesfrauenrat zukünftig mitzuwirken und die Frauen mit Migrationshintergrund auf der Ebene von Frauenorganisationen politisch vertreten zu können. Seit 2015 erfüllt das Forum einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Repräsentation dieser Frauengruppe.

Das Forum setzt sich für die Gleichstellung und politische und sozio-ökonomische Teilhabe von zugewanderten Frauen und Frauen mit Migrationserfahrung ein. Gemeinsam diskutieren wir unsere Integrationserfahrungen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der Frauen und ihre Familien ein berechtigter Bestandteil dieser Gesellschaft sind. Das Forum Internationaler Frauen liefert einen aktiven Beitrag zur interkulturellen Verständigung.

Ein politischer Schwerpunkt unseres bürgerlichen Engagements liegt im Abbau der bestehenden Benachteiligung von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt. Das Anerkennungsgesetz des Bundes brachte seit 2012 Verbesserungen in der Integration von ausländischen Fachkräften in bestimmten Sektoren des Arbeitsmarktes (wie z.B. in der Gesundheits- und Krankenpflege) mit sich. Dies hebt jedoch nicht die jahrzehntelangen Abwertungen von internationalen Fachqualifikationen auf. Ein großer Anteil von zugewanderten Frauen wird derzeit nach wie vor unter ihrer akademischen Qualifikation beschäftigt oder ist sogar erwerbslos. Der aktuelle Familienreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021) bestätigt, dass in Deutschland nur 54% der Mütter mit Migrationshintergrund berufstätig sind. Dabei verweist das BMFSFJ



auf ihr hohes Erwerbspotenzial: »Von den 1,2 Millionen nicht erwerbstätigen Müttern mit Migrationshintergrund möchten 80% 'ganz sicher' oder 'wahrscheinlich' wieder erwerbstätig sein, 48% sogar sofort oder innerhalb des kommenden Jahres. Mütter mit Migrationshintergrund in Deutschland wollen am liebsten sofort beziehungsweise innerhalb eines Jahres in den Arbeitsmarkt einsteigen. Fast drei Viertel der Mütter, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, streben eine Teilzeittätigkeit an.« (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2021, S. 118)

Die sich daraus ergebende überproportionale Armutsgefährdung von Frauen und Kindern mit Migrationsstatus ist ein Grund für unsere politische Arbeit. Diese baut auf einem intensiven Dialog über eine neue Frauen- und Integrationspolitik auf. Wir suchen ein solidarisches Miteinander und klären die neue Generation zugewanderter Frauen über ihre Rechte auf. Wir weisen sie auf die Chancen und Mitwirkungsmöglichkeiten in der institutionellen Gleichstellungspolitik hin.

Als Forum internationaler Frauen stehen wir vor Herausforderungen: Wir wollen von innen heraus unsere Kraft bündeln, um uns von zugeschriebenen Ungleichheitsmerkmalen und erzwungener Hilfsbedürftigkeit zu lösen. Wir wollen nach Außen in unserer Rolle als engagierte und fähige Akteurinnen wahrgenommen werden. Wir freuen uns gemeinsam mit dem Landesfrauenrat die Gleichstellungspolitik in Baden-Württemberg zu gestalten.

Forum Internationaler Frauen Baden-Württemberg e.V. (FiF)  
[www.forum-internationaler-frauen.org](http://www.forum-internationaler-frauen.org)  
E-Mail: [kontakt@forum-internationaler-frauen.org](mailto:kontakt@forum-internationaler-frauen.org)



Von links nach rechts: Cecile Gnimpieba, Aysel Oezdemir, Dr. Lucimara Brait-Poplawski, Annelise Roth (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Fellbach), Ganga Murthy, Zijada Kulic, Dr. Lucy Tengbeh

### BERUFSVERBAND HAUSWIRTSCHAFT LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Landesverband Baden-Württemberg des Berufsverbandes Hauswirtschaft e.V. mit seinen derzeit 460 Mitgliedern wurde im November 2020 in den Landesfrauenrat Baden-Württemberg aufgenommen.

Unsere Mitglieder haben eine hauswirtschaftliche Ausbildung oder ein Studium der Oecotrophologie absolviert, oder sie befinden sich in einer einschlägigen Ausbildung oder einem Studium. Ca. 2/3 unserer Mitglieder sind in leitender oder verantwortlicher Position in einem hauswirtschaftlichen Dienstleistungsbetrieb tätig und tragen dort Personal- und Budgetverantwortung. Weitere Tätigkeitsfelder unserer Mitglieder sind Industrie, Forschung und Entwicklung.

Die Mitglieder des Berufsverbandes Hauswirtschaft sehen sich als wichtigen Bestandteil des Gesundheitssektors. Professionelle Hauswirtschaft ist – nicht nur in Pandemiezeiten – systemrelevant, sie ermöglicht überhaupt erst ein Funktionieren des gesamten Care-Systems. Hauswirtschaft ist zuständig für Hygiene in Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen. Als eigenständiger Partner in der Versorgung und Betreuung alternder Menschen im Quartier ist die Hauswirtschaft die erste Säule, die diese Unterstützung leistet. Wir können Verpflegung als konventionelle Speisenversorgung anbieten, aber auch den Anforderungen einer ökologisch ausgerichteten Ernährung samt klimaverträglichem Ressourceneinsatz gerecht werden. Der Begriff des ökologischen Fußabdrucks ist uns nicht fremd.

In der Ausbildung und Fachkräftegewinnung engagieren wir uns zusätzlich für Quereinsteigerinnen und Menschen mit Migrationshintergrund. Wir ermöglichen damit Integration und tragen zur gesellschaftlichen Stabilität bei.

Der Berufsverband Hauswirtschaft ist ein bedeutender Fortbildungsanbieter in der Branche. Themen sind die persönliche Weiterentwicklung, Führung und Kommunikation, Fernlehrgänge mit qualifizierenden Abschlüssen und Seminare zu aktuellen hauswirtschaftlichen Themen. Die Verbandszeitschrift »Infodienst« erscheint 4 mal pro Jahr. Die Mitglieder schätzen die Fachinformationen aus der Branche im 14-täglichen Newsletter.

Regionale Netzwerktreffen und Tagungen sorgen für die persönlichen Kontakte unter unseren Mitgliedern und helfen ihnen, ihr Netzwerk auszubauen. Wir vom Berufsverband Hauswirtschaft sind Akteurinnen in der Berufs- und Frauenpolitik.

Der Berufsverband ist Mitglied im Deutschen Frauenrat, unsere Geschäftsführerin Beate Imhof-Gildein brachte im Fachausschuss »Aufwertung und Umverteilung von Sorgearbeit« ihre Expertise ein: »Wie bei der informellen Sorgearbeit gibt es auch bei der professionellen Sorgearbeit ein Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern: Meistens sind es Frauen, die gesellschaftlich wertvolle Arbeit bei schlechter Vergütung leisten. Damit diese systemrelevanten Tätigkeiten ihrem gesellschaftlichen Wert entsprechend höher vergütet werden und sich die Arbeitsbedingungen dort verbessern, müssen



Sorgeberufe aufgewertet werden. Notwendige Maßnahmen dafür sind ein angemessener gesetzlicher Mindestlohn, eine Tarifbindung, eine Neubewertung der einzelnen Tätigkeiten innerhalb der Berufe im Rahmen von Tarifverträgen und verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.«

Abgerundet wird unser Engagement durch die Mitgliedschaft im Deutschen Hauswirtschaftsrat. Dort sind bundesweit die Akteure der Domäne Hauswirtschaft verbunden. Anlässlich des Welthauswirtschaftstages am 21.03.2021 der unter dem Motto »Mein Zuhause – meine Nachbarn – mein Quartier« stand, rief der Deutsche Hauswirtschaftsrat gemeinsam mit der Initiative Equal Care Day zur Unterzeichnung einer Online-Petition zur Umverteilung von Care- und Erwerbsarbeit auf.

Berufsverband Hauswirtschaft Landesverband Baden-Württemberg e.V.  
[www.berufsverband-hauswirtschaft.de/der-verband/landesverbaende/landesverband-baden-wuerttemberg/](http://www.berufsverband-hauswirtschaft.de/der-verband/landesverbaende/landesverband-baden-wuerttemberg/)



1. Vorsitzende Ingrid Aumaier-Sauereisen

## ONE BILION RISING – SOLIDARITÄT AM 14.02.2021

Seit 2012 erheben sich jedes Jahr am 14. Februar Frauen, Männer und Kinder auf der ganzen Welt, um gemeinsam gegen Gewalt zu demonstrieren.

Mit viel positiver Energie, kraftvollen Musik- und Tanzaktionen ist es gelungen, die Protestaktion als Symbol weltweiter Frauensolidarität zu etablieren, um dabei größte Aufmerksamkeit auf schwierige Themen zu lenken.

Die Menschen stehen auf, tanzen, streiken und wollen damit aufzeigen, was Frauen täglich, überall auf der Welt widerfährt und womit sie zu kämpfen haben. Gewalt in allen Facetten. Diese Frauen sollen an diesem Tag sichtbar werden.

Leider untersagt uns die Corona-Pandemie dieses Jahr gemeinsame Aktionen, aber das hält uns nicht davon ab, aufzustehen und Bewusstsein für das Leid und Solidarität für betroffene Frauen und Mädchen zu schaffen.

Das aktuelle Motto »Rising Gardens – Rising for Women and for Mother Earth« haben wir in einer Grafik umgesetzt.



## INTERNATIONALER FRAUENTAG 2021: DIGITALE VERANSTALTUNG AM 04.03.2021 – DEMOKRATIE IST WEIBLICH! In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat der Landesfrauenrat anlässlich des Internationalen Frauentages am 4. März 2021 zu einer digitalen Veranstaltung eingeladen. Sie trug den Titel: Demokratie ist weiblich!

Das angeregte Gespräch zwischen der Landtagspräsidentin Mutterem Aras MdL und der ersten Vorsitzenden des Landesfrauenrates Baden-Württemberg Prof. Dr. Anja Reinalter schilderte interessant, was Frau Aras in die Politik geführt hat und wie ihr Weg dorthin bisher verlief.

Sie hat Anfang der 90er Jahre angefangen sich in der Politik zu engagieren, um Verantwortung übernehmen zu können. Menschenrechte, Umgang mit Minderheiten und vor allem die Gleichberechtigung von Frauen und Männern waren und sind dabei ihre Schwerpunkte.

Sie ist der Überzeugung, dass Frauen in der Politik sich noch mehr zutrauen können und keine Angst vor einem eventuellen »Scheitern« haben sollten. Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung dar und deshalb gehört ihnen auch die Hälfte der Macht in den Parlamenten. Deshalb ist sie sehr dankbar für die Transparenzkampagne des Landesfrauenrates und der Landeszentrale für politische Bildung zur Landtagswahl 2021 und für die Forderung das Landtagswahlrecht zu reformieren, um es Frauen zu ermöglichen, in die Parlamente zu gelangen.

In ihrer Funktion als Landtagspräsidentin ist es ihre Aufgabe die Sitzungen zu leiten und als Schiedsrichterin und Wächterin der Demokratie und der Ordnung den parlamentarischen Ablauf zu garantieren. Sie erzählte, dass in der laufenden Legislatur der Umgangston sehr viel rauer geworden sei und sie viel mehr Ordnungsrufe erteilen musste als sonst üblich. Als Chefin der Landtagsverwaltung ist sie für 200 Beamtinnen und Beamte zuständig. Sie reist viel im Land und ist die Repräsentantin des Landtages Baden-Württemberg. Dabei bezieht sie zu vielen Themen überparteilich Stellung und positioniert sich. Ihre Leidenschaften sind dabei die Förderung der Demokratie und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Danach hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit offene Fragen aus dem Chat zu stellen.



## INTERNATIONALER FRAUENTAG 2021 AM 08.03.: LANDTAGSWAHLRECHTSREFORM JETZT!

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg fordert die Umsetzung der längst überfälligen Landtagswahlrechtsreform in den ersten 100 Tagen der neuen Landesregierung und die Hälfte der Macht!

Der Landesfrauenrat mahnt anlässlich des Internationalen Frauentages 2021 an, dass Frauen in Baden-Württemberg immer noch nicht angemessen im Landtag vertreten sind.

Die Transparenzkampagne des Landesfrauenrates zur Wahl 2021 zeigt deutlich, dass das Landesparlament auch in der neuen Legislaturperiode eine Unterrepräsentanz von Frauen aufweisen wird.

»Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, die Landtagswahlrechtsreform in den ersten 100 Tagen umzusetzen. Zudem fordern wir die Hälfte der Macht. Das heißt, dass Führungspositionen in den Ministerien der neuen Landesregierung paritätisch besetzt sein müssen. Unser Ziel ist es, dass Frauen in der Politik deutlich sichtbar sind«, sagt die erste Vorsitzende Prof. Dr. Anja Reinalter.

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg kämpft seit seiner Gründung für mehr Frauen in den Parlamenten und steht für das Zweistimmwahlrecht mit geschlossener Landesliste.

## KAMPAGNENMATERIAL 2021 DES LANDESFRAUENRATES

In diesem Jahr bot der Landesfrauenrat anlässlich des Internationalen Frauentages Kampagnenmaterial an, um Frauen in der Politik sichtbar zu machen: **Mehr Frauen in die Parlamente!** und **#wirbleibendran**



4,5 cm großer veganer Aufkleber mit der Aufschrift »she gets visible«



Postkarte zur Landtagswahlrechtsreform, die Sie – mit Ihrer eigenen Botschaft beschrieben – verschicken können

## BEITRITT DES LANDESFRAUENRATES IN DAS BUNDESWEITE BÜNDNIS NORDISCHES MODELL

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg ist dem bundesweiten Bündnis Nordisches Modell am 20. Mai 2021 als Bündnispartner beigetreten. Das Bündnis formierte sich bereits im Jahr 2020 aus über 30 menschenrechtlichen Vereinen, Initiativen und zahlreichen Aktiven aus der Zivilbevölkerung und der Politik.

Mit diesem Beitritt kann der Landesfrauenrat Baden-Württemberg seine Position »Eine Gesellschaft ohne Prostitution ist das Ziel« stärken und wird durch die Mitarbeit im Bündnis, das neben dem Plenum und Lenkungskreis eine Betroffenen-Gruppe und wechselnde Arbeitsgruppen organisiert, eine breitere Öffentlichkeit erreichen können.

Diese Öffentlichkeit brauchen wir, um wirksame Hilfe für die Mädchen und Frauen in der Prostitution und echte Aufklärung der Gesellschaft zu erreichen, wie das Bündnis selbst formulierte.

So setzen wir uns gemeinsam ein für Fortschritte in der Prostitutionspolitik, um einen wirkungsvollen Schutz der Mädchen und Frauen in der Prostitution zu bewirken. Wir werden nun nach dem formellen Beitritt prüfen, in welchen Arbeitsgruppen und bei welchen Aktionen wir uns sinnvoll einbringen können.

Verena Hahn, LFR

## KLFR – DIGITALE KONFERENZ DER LANDESFRAUENRÄTE AM 11.06. UND 12.06.2021: HÖCHSTE ZEIT FÜR PARITÄT!

Unter Vorsitz des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. (LFRN) fand am 11. und 12.06.2021 die Online-Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) mit 140 Teilnehmer\*innen aus dem Bundesgebiet statt. Seit 1996 tagt der Zusammenschluss aller bundesdeutschen Landesfrauenräte mit rotierendem Vorsitz einmal im Jahr.

Die Vertreter\*innen aus den Bundesländern diskutierten über die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Umsetzung der Parität und informierten sich über Projekte aus Brandenburg, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Nach der Bundestagswahl soll eine Öffentlichkeitskampagne zur Wahlprüfungsbeschwerde initiiert werden. Die KLFR fordert weiterhin eine angemessene Bezahlung in der Kranken- und Altenpflege, die Unterstützung bei der Digitalisierung des Einzelhandels und die Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Cent sowie Maßnahmen und Initiativen zur Beseitigung von Geschlechterungleichheiten im Bereich »Künstliche Intelligenz«. Die KLFR setzt sich für fest an Elternteile gebundene Zeiträume der Elternzeitnahme ein und fordert ein umfassendes Konzept zur Sicherstellung des Versorgungsangebotes zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen und die vollständige Streichung des § 218. Darüber hinaus fordert die Konferenz die nachhaltige Finanzierung von Frauenverbänden und die Unterstützung einer KLFR-Bundeskoordinierungsstelle. Die KLFR wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

### RESOLUTION DER KLFR – HÖCHSTE ZEIT FÜR PARITÄT!

Die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) fordert

- + den Deutschen Bundestag sowie die Landtage erneut auf, Regelungen zu treffen und Öffentlichkeitskampagnen zu initiieren, um eine gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern in den Parlamenten zu erreichen,
- + die Parteien auf, Wahllisten im Reißverschlussverfahren zu besetzen, und bei der Nominierung für Direktmandate eine paritätische Besetzung mit Frauen sicherzustellen.

Die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) appelliert

- + an die Parteien, innerparteiliche Strukturen und Kulturen so zu gestalten, dass sie für Frauen attraktiv sind sowie aktiv auf Frauen zuzugehen, um sie für politische Führungsaufgaben zu gewinnen,
- + an Frauen, sich politisch zu engagieren und nachdrücklich verantwortungsvolle Führungsaufgaben in Parteien einzufordern.

### Begründung

Parlamente sind – auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene – wesentliche Orte der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung und Gestaltung. Frauen – die Mehrheit der Bevölkerung – müssen hier entsprechend vertreten sein. Der Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag sowie in vielen Landtagen ist aber seit Jahren rückläufig, und – mit durchschnittlich rund 30% – im europäischen Vergleich unbefriedigend. Im Gegensatz dazu weisen Länder wie Spanien und Frankreich, die seit langem Paritätsregelungen haben, Frauenanteile von weit über 40% in ihren nationalen Parlamenten auf. Bereits 2017 und 2018 hat die Konferenz der Landesfrauenräte gefordert, verfassungskonforme Gesetzesvorschläge zur Erreichung der gleichen Repräsentanz von Frauen und Männern in den



Parlamenten zu erarbeiten. Der Gleichstellungsauftrag aus Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (sowie ähnliche Regelungen in fast allen Landesverfassungen) verpflichtet den Staat, Maßnahmen zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu ergreifen, und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

Die 2019 von den Landtagen in Brandenburg und in Thüringen beschlossenen Paritätsregelungen wurden auf Klage der AfD bzw. AfD und NPD durch Entscheidungen der jeweiligen Verfassungsgerichte (Juli bzw. Oktober 2020) für verfassungswidrig erklärt. Gegen beide Entscheidungen sind Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Die Entscheidungen aus Thüringen und Brandenburg berücksichtigen nach unserer Auffassung nicht hinreichend die Reichweite des grundgesetzlichen Gleichstellungsauftrags. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom Dezember 2020 über eine Wahlprüfungsbeschwerde zur Bundestagswahl 2017 hervorgehoben, dass es Sache des Gesetzgebers sei, einen angemessenen Ausgleich zwischen den – gleichrangigen – Verfassungsgütern des Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz mit der Parteienfreiheit (Artikel 21 Absatz 1 Grundgesetz) und den Wahlgrundsätzen (Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz) herbeizuführen.

Bislang haben nur einige Parteien interne Regelungen für eine paritätische Platzierung von Frauen auf Wahllisten getroffen. Diejenigen Parteien, die freiwillig das Reißverschlussprinzip praktizieren, weisen einen höheren Anteil von Frauen unter den Abgeordneten auf. Die Anwendung des Reißverschlussverfahrens bei den Wahllisten sowie parteiinterne Festlegungen von ambitionierten Zielvorgaben bei der Nominierung für Direktmandate signalisieren Frauen zudem, dass ihre Mitarbeit in den Parteien gewünscht und geschätzt wird. Folglich kommt es darauf an, innerparteiliche Strukturen und Kulturen so zu gestalten, dass sie für Frauen attraktiv und hinreichend durchlässig sind.

Da – insgesamt betrachtet – die bisherigen Maßnahmen der Parteien noch nicht zu einer angemessenen Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten geführt haben, sind nunmehr gesetzliche Regelungen unumgänglich. Diese müssen auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur dritten Option berücksichtigen.

## DIGITALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG AM 23.04.2021

Die Delegiertenversammlung fand nun schon zum zweiten Mal digital statt. Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. Anja Reinalter stellten sich die neu gewählten Vorstandsmitglieder Verena Hahn (SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V.), Prof. Dr. Ute Mackenstedt (Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen) und Sarah Schlösser (DGB-Frauen Baden-Württemberg) der Delegiertenversammlung vor.

Ohne Gegenstimmen werden als Mandatsprüfungskommission gewählt: Judith Vowinkel (Naturfreunde Württemberg Fachbereich Frauen) und Stephanie Glatthaar (Katholischer Deutscher Frauenbund Rottenburg-Stuttgart KDFB). Die Mandatsprüfung ergibt: Es sind 48 Delegiertenstimmen von 70 Delegiertenstimmen vertreten, die Versammlung ist beschlussfähig.

Der Rückblick auf die Arbeit des Vorstandes im Jahr 2020 erfolgte mündlich durch Corinna Schneider (Vorstand LFR, Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit). Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläuterte sie die Schwerpunkte der Arbeit des Vorstandes.

Die Schatzmeisterin des Landesfrauenrates Viviana Weschenmoser erläuterte den Kassenbericht 2020. Die Delegiertenversammlung hatte keine Fragen dazu.

Die Kassenprüferin Karen Ehlers (SISTERS e.V.) trägt das Ergebnis der Kassenprüfung vor. Die Kassenprüfung für den Zeitraum 01.10.–31.12.2020 fand am 17.03.2021 durch Karen Ehlers (SISTERS e.V.) und Roswitha Ehinger (DGB-Frauen Baden-Württemberg) in der Geschäftsstelle des Landesfrauenrates statt. Es gibt keine Beanstandungen. Die Delegiertenversammlung – unter Enthaltung der anwesenden Vorstandsmitglieder – entlastet ohne Gegenstimmen den Vorstand und die Schatzmeisterin für den Zeitraum von 01.10.–31.12.2020. Da Karen Ehlers ihr Amt als Kassenprüferin nicht mehr ausüben kann, war es notwendig eine neue Kassenprüferin zu wählen. Dorothea Maisch (Frauen Union Landesverband Baden-Württemberg) meldete sich für dieses Amt und wurde nach einer Kurzvorstellung ihrer Person einstimmig per Akklamation gewählt.

Die Delegiertenversammlung nimmt nach Beratung den Antrag der Evangelische Frauen in Württemberg und Baden zu der »Dauerhaften Finanzierung des Innovations- und Kompetenzzentrum Hauswirtschaft Baden-Württemberg« an.

## DIGITALER FACHTAG DES LANDESFRAUENRATES AM 22.10.2021 VON 14 BIS 18 UHR: GEGEN GEWALT AN FRAUEN – KONSEQUENTE UMSETZUNG DER ISTANBUL-KONVENTION

Eines der Scherpunkthemen des Landesfrauenrates in diesem Jahr ist die Istanbul-Konvention.

Dazu werden wir am 22. Oktober 2021 von 14 bis 18 Uhr einen digitalen Fachtag mit dem Titel »Gegen Gewalt an Frauen – Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention« veranstalten.

### Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung Baden-Württemberg und den Landtag auf, die befristete Finanzierung des Innovations- und Kompetenzzentrum Hauswirtschaft Baden-Württemberg, ansässig im Diakonischen Werk Württemberg, zu entfristen und in eine Dauerfinanzierung überzugehen.

Das Ministerium für Soziales und Integration fördert derzeit das Innovations- und Kompetenzzentrum in einem Projekt von 9/20 bis 12/21 durch die Förderlinie »Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg«.

### Begründung für den Antrag auf dauerhafte Finanzierung:

Mit rund 90% Frauen ist die Hauswirtschaft ein hauptsächlich weibliches Erwerbsfeld. Mit rund 85% gilt dies auch nach wie vor für den Pflegesektor. Die Corona-Pandemie hat sichtbar gemacht, wie relevant diese Sektoren für die Gesamtgesellschaft sind. Es ist dezidiertes Fraueninteresse, hier zu einer guten Wahrnehmung und zum Ausbau der Erwerbsfelder zu kommen.

Das Innovations- und Kompetenzzentrum Hauswirtschaft, angesiedelt im Diakonischen Werk Württemberg, hat u.a. die Aufgabe, zur Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung, zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, und zur sektorenübergreifenden Vernetzung im Gesundheitssektor (Kliniken, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Betreuungseinrichtungen, ambulante Versorgung für Personen jeden Alters und jeder Lebenslage etc.) beizutragen.

#### RUNDBRIEF – AUSGABE 2021

Publikation des Landesfrauenrates  
Baden-Württemberg

#### HERAUSGEBERIN

Landesfrauenrat Baden-Württemberg  
Gymnasiumstraße 43  
70174 Stuttgart

#### REDAKTION

Corinna Schneider & Dagmar Digruber

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind  
von der Redaktion erstellt.

#### DESIGN

Stroh – Büro für Gestaltung  
[www.stroh-gestaltung.de](http://www.stroh-gestaltung.de)

#### FOTOS

Seite 19 oben & unten:  
[pixabay.com](http://pixabay.com)

Soweit nicht anders gekennzeichnet:  
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

#### DRUCK

flyeralarm GmbH

#### DOWNLOAD

Diese Version gibt es auch zum kostenlosen  
Download auf unserer Website:

[www.lfrbw.de](http://www.lfrbw.de)

[www.facebook.com/landesfrauenratbw](https://www.facebook.com/landesfrauenratbw)

Unterstützt vom Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

# IMPRESSUM